

Beginn: 10:03 Uhr

Präsidentin Carina Gödecke: Lieber Kolleginnen, liebe Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich heiße Sie alle ganz herzlich willkommen zu unserer heutigen, 141. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen. Mein Gruß gilt auch unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich insgesamt **zehn Abgeordnete** entschuldigt; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Mit großer Freude werden wir ebenfalls in das Protokoll aufnehmen, dass ein Kollege heute seinen Geburtstag mit uns feiert. Herr Kollege Karlheinz Busen von der FDP-Fraktion wird – und das darf ich sagen, er hat es erlaubt – 66 Jahre alt. Herzlichen Glückwunsch, Herr Kollege Busen! Alles Gute!

(Beifall von allen Fraktionen und der Regierungsbank)

Dass wir heute viel Zeit miteinander verbringen werden, ergibt sich aus der Tagesordnung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung, liebe Kolleginnen und Kollegen, möchte ich Sie noch einmal daran erinnern, dass sich alle im Landtag vertretenen Fraktionen zwischenzeitlich darauf verständigt haben, den **ursprünglich für Freitag vorgesehenen Tagesordnungspunkt 8** „Gesetz zur Änderung des Landesbeamtengesetzes Nordrhein-Westfalen (LBG NRW)“, Drucksache 16/13532, ein Gesetzentwurf der Fraktion der CDU, **mit dem heutigen Tagesordnungspunkt 13** „Engpässe in der Unterbringungseinrichtung für Ausreisepflichtige (UfA) Büren beseitigen – Landesregierung muss Kapazitäten umgehend erweitern“, Drucksache 16/14172, ebenfalls ein Antrag der CDU-Fraktion, zu **tauschen**.

Die Fraktionen haben sich außerdem darauf verständigt, den **ursprünglich ebenfalls für Freitag vorgesehenen Tagesordnungspunkt 7** „Ehrenamtliches Engagement auch im Steuerrecht fördern“, Drucksache 16/14661, ein Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, **mit dem heutigen Tagesordnungspunkt 7** „System zur Akkreditierung von Studiengängen auf sichere Rechtsgrundlage stellen und weiterentwickeln“, Drucksache 16/14660, ebenfalls ein Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, zu **tauschen**.

Ich sehe, dass sich dagegen kein Widerspruch erhebt. Dann verfahren wir so. Damit ist die Tagesordnung für heute respektive im Vorgriff schon die Tagesordnung für Freitag geändert.

Damit treten wir in die Bearbeitung der heutigen Tagesordnung ein. Ich rufe auf:

1 Aufklärung muss Chefsache sein – Landesregierung muss im Fall Amri drängende Fragen beantworten

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/14749

Die Fraktion der CDU hat mit Schreiben vom 3. April dieses Jahres gemäß § 95 Abs. 1 der Geschäftsordnung zu dem genannten aktuellen Thema der Landespolitik eine Aussprache beantragt.

Ich eröffne die Aussprache. Als erster Redner hat vonseiten der antragstellenden Fraktion der CDU Herr Kollege Laschet jetzt das Wort.

Armin Laschet (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit über drei Monaten hält uns der furchtbare Anschlag vom Berliner Breitscheidplatz immer noch in Atem, und das zu Recht. Es war der größte islamistische Anschlag, den wir in Deutschland erlebt haben. Die Opfer: zwölf unschuldige Menschen, auch aus Nordrhein-Westfalen. Der Täter: ein behördenbekannter Gefährder aus Nordrhein-Westfalen.

Öffentlichkeit und Opfer verlangen zu Recht Aufklärung: Wie konnte es dazu kommen? Hätte man den Mann stoppen können? Hätte man den Anschlag verhindern können? Diese ganz normalen Fragen stellt sich jeder Mensch. Ich finde, die müsste sich auch eine Regierung stellen.

Es geht doch darum – wenn das an einem Montag in Berlin passiert und die ersten Informationen offenkundig werden –: Was ist dann die Rolle eines Regierungschefs? Sagt er nach innen und nach außen: „Ich erwarte jetzt volle Transparenz“? Will er dann sehen: Sind bei uns Dinge schiefgelaufen? Welche Fehler wurden gemacht? Wo sind Schwachstellen, die man abbauen kann?

Von Anfang an ist das Gegenteil passiert!

(Zuruf: Ein Unding!)

Am Mittwoch nach dem Anschlag gibt Herr Jäger, der Innenminister, eine Pressekonferenz. Der Täter war nicht einmal öffentlich zur Fahndung ausgeschrieben. Diese Pressekonferenz und alles, was man sagt, dient nur einem einzigen Ziel, nämlich zu erklären: Der war in Berlin, der war weg, wir haben mit nichts etwas zu tun. – Das konnten Sie selbst an diesem Mittwoch noch gar nicht wissen, Herr Minister Jäger. Deshalb war das von Anfang an exakt das falsche Signal.

Was hätten Sie sich denn vergeben, wenn Sie gesagt hätten: „Es war ein schrecklicher Anschlag. Ich will jetzt sehen, was bei mir in Nordrhein-Westfalen schiefgelaufen ist. Hier bin ich verantwortlich. Ich will

Schwachstellen abbauen. Ich bin der Chefaufklärer in dieser Sache, nicht der Chefverteidiger“?

(Beifall von der CDU und der FDP)

Seit Sonntag aber wissen wir – das hätte ich wirklich nicht für möglich gehalten, Frau Ministerpräsidentin –: Diese Strategie wurde aus der Chefetage so gesteuert. Man hat nicht gesagt „Lieber Innenminister, nächsten Dienstag ist Kabinettsitzung; ich will, dass du mir mal berichtest“, sondern wie bei der Kölner Silvesternacht ist das Prinzip der Staatskanzlei: ver-harmlosen, verbergen, vertuschen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Sie haben der Öffentlichkeit – auch von diesem Pult aus – Aufklärung versprochen. Am Tag, nachdem Sie das versprochen haben, schreiben sich zwei Abteilungsleiter in der Staatskanzlei gegenseitig per Mail, das Jäger-Ministerium darum zu bitten, die Chronologie im Hinblick auf das, was außerhalb von Nordrhein-Westfalen falsch gelaufen ist, noch mehr zu optimieren. Es gab also quasi die Weisung an Herrn Jäger, seine Presse- und Öffentlichkeitsarbeit noch weiter zu verbessern mit dem Ziel, möglichst Schuldige außerhalb von Nordrhein-Westfalen zu identifizieren.

Der MCdS, also der Chef Ihrer Staatskanzlei, fragt, ob man nicht streuen sollte, dass die von Amri aufgesuchten Moscheen überwiegend nicht salafistisch geprägt seien. – Ja, mein Gott! Jeder wusste: Dieser Mann stand mit den schlimmsten Salafisten im Land in Kontakt. Das muss man dann auch öffentlich sagen und nicht eine Gegenstrategie entwickeln.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Was muss in den Köpfen der Opfer vor sich gehen, wenn sie so etwas erleben?

Deshalb will ich heute von Ihnen wissen, liebe Frau Ministerpräsidentin: Waren es Alleingänge in der Staatskanzlei, dass man diese Vertuschungsstrategie gestartet hat? Oder reden Sie nach außen anders, als Sie nach innen öffentliche Weisungen geben? – Das ist die Kernfrage, auf die wir heute eine Antwort erwarten.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das nächste Täuschungsmanöver betrifft nun den sogenannten unabhängigen Regierungsgutachter. Die Täuschungsmaschinerie in Ihrem Hause macht ja selbst vor Ihrem eigenen Regierungspartner nicht Halt. Oder wie erklären Sie sich, Frau Ministerpräsidentin, dass die Grünen sagen: „Dieser Gutachter kann nicht unabhängig gewesen sein; wir brauchen einen neuen Gutachter“? Einen solchen Vorgang habe ich den sieben Jahren Ihrer Amtszeit noch nicht erlebt.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Die Ministerpräsidentin beruft jemanden, und die Grünen sagen: Nein, das ist nichts. Bitte einen neuen

Gutachter. – Das ist nach sieben Jahren des Regierungsstils, den Sie hier praktiziert haben, eine Misstrauenserklärung.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Sie haben den Menschen an diesem Pult im Landtag versprochen: Der Mensch, der berufen wird, wird unabhängig sein, autark arbeiten und Zugang zu allen Akten und Dokumenten haben. – In Bezug auf diese drei Punkte wissen wir heute, dass all das, was Sie hier erklärt haben, nicht eingetreten ist:

Zum Ersten: Der Gutachter verhandelt über die Modalitäten seines Wechsels an eine nordrhein-westfälische Universität und damit in den Landesdienst. Die Frage ist: Ist das die Unabhängigkeit, die Sie meinen? Wenn Sie meinen, dass er trotzdem unabhängig ist, warum sagen Sie nicht von vornherein: „Der, den ich berufen habe, ist zwar im Moment in Verhandlungen, ich halte ihn aber trotzdem für unabhängig“? Es musste erst aufgedeckt werden, worüber er hier im Land wirklich verhandelt.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Zum Zweiten: Zentrale Dokumente lagen dem Gutachter nicht vor. Wir wissen heute, dass der PUA inzwischen mehr Dokumente hat, als sie der Gutachter hatte. Sie wollten den Zugang zu allen Dokumenten ermöglichen. Ich frage mich inzwischen, ob sich nicht auch der Gutachter getäuscht fühlen muss, weil er mit wesentlichen Dokumenten nicht konfrontiert war und in der Öffentlichkeit als jemand erscheint, der Gefälligkeitsgutachten geschrieben hat.

(Beifall von der CDU)

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Armin Laschet (CDU): Zum Dritten erwähne ich das, was die Grünen hier vorsichtig „neuer Gutachter“ und die Grünen in Berlin „peinlich“ nennen. Damit ist die Regierungsverantwortung im Land Nordrhein-Westfalen gemeint.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Deshalb ist der PUA der richtige Ort für die Aufklärung. Ich hätte mir gewünscht, man hätte gleichermaßen im Deutschen Bundestag in Berlin einen PUA eingerichtet.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Das haben Volker Kauder und ich Anfang Januar vorgeschlagen. Aber die Sozialdemokraten in Berlin verweigern sich einem solchen Ausschuss.

(Zurufe von der SPD – Beifall von der CDU)

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit, Herr Kollege Laschet.

Armin Laschet (CDU): Jetzt geht das ja weiter.

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Laschet, die Redezeit.

Armin Laschet (CDU): Ihr eigenes LKA sagt: Wir hatten belastbare Erkenntnisse, der Mann musste in Haft genommen werden. – Und was tun Sie im Ausschuss? Es heißt, das war nur eine Tischvorlage. – Eine Tischvorlage!

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Laschet, die Redezeit.

Armin Laschet (CDU): Mein Gott, wenn ein LKA-Beamter das auf einen Bierdeckel geschrieben hätte, hätte ich gesagt: Was schreibt er denn da? Dem müssen wir nachgehen. – Man kann doch nicht immer einfach alles wegwischen, was Beamte aufschreiben.

(Beifall von der CDU)

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Laschet, die Redezeit ist um 1:30 Minuten überschritten.

Armin Laschet (CDU): Ich schließe damit, Frau Präsidentin, dass ich sage: Die Behörden in Berlin haben Fehler eingestanden. Man kennt die Mängel im Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrum, man arbeitet an diesen Mängeln. Aber in Nordrhein-Westfalen gilt nur das Prinzip, wie Sie es so schön am Sonntag genannt haben, dass hier Kinkerlitzchen aufgebauscht würden. Ich sage Ihnen: Das sind keine Kinkerlitzchen. Das ist ein leibhaftiger Skandal, den Sie zu verantworten haben, Sie persönlich in diesem Land.

(Lebhafter Beifall von der CDU – Beifall von der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Laschet. – Zur Information für die anderen Kolleginnen und Kollegen: Herr Kollege Laschet hat die Redezeit um 2:10 Minuten überzogen. Selbstverständlich bekommen das jetzt alle anderen ebenfalls dazugerechnet.

Für die SPD-Fraktion hat Herr Kollege Römer das Wort.

Norbert Römer (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eines ist gerade wieder deutlich geworden: Die Opposition hat sich im Fall Amri in eine tückische Zwickmühle manövrieren lassen.

(Widerspruch von der CDU)

Entweder, Herr Kollege Laschet, Sie beteiligen sich an der Sachaufklärung im Untersuchungsausschuss, oder Sie nutzen den Terroranschlag für eine Kampagne – für Ihre Kampagne.

(Zurufe von der CDU)

Beides gleichzeitig – Sie wissen das – geht nicht. Aufklärung oder Kampagne, das sind die Alternativen. Sie haben sich für die Kampagne entschieden; das haben wir gerade gemerkt.

(Beifall von der SPD)

Ich kann das ja sogar ein Stück weit nachvollziehen, ich bin lange genug dabei. Ich weiß, wie groß die Versuchung einer Kampagne sechs Wochen vor der Wahl gewesen sein muss. Aber für Ihre aggressive Rücksichtslosigkeit, Herr Kollege Laschet, auch für die Irrationalität Ihrer Fraktion in den vergangenen Tagen und Wochen ist die Landtagswahl allein keine Erklärung, schon gar keine Entschuldigung. Um das zu verstehen, muss man schon auf Kategorien der Psychologie zurückgreifen.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Es gibt nichts zu entschuldigen! Das ist unentschuldig, was Sie hier machen!)

„Die Reaktionen des Menschen“

– so heißt es bei Wikipedia, das können Sie nachlesen –

„können bei zunehmender Angst nicht-rational und nicht-sozial werden, ...“

Dieses unvernünftige und unzweckmäßige Verhalten wird als Panikverhalten bezeichnet. Ja, Herr Kollege Laschet, das ist die Erklärung für Ihr Gebaren. Sie sind in Panik.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Deshalb ignoriert die CDU, die Opposition, Fakten und verbreitet Verschwörungstheorien.

Wirklich schäbig aber – das will ich Ihnen auch sehr persönlich sagen –

(Zurufe von der CDU)

ist Ihr Versuch, die Regierung zu treffen, indem Sie einen anerkannten Wissenschaftler um seinen guten Ruf bringen wollen. Das ist unfassbar.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Das zeugt von der panischen Rücksichtslosigkeit, von der ich eben gesprochen habe.

(Armin Laschet [CDU]: Reden Sie mit mir oder mit wem?)

– Ja. Herr Prof. Kretschmer, Herr Laschet, steht in Berufungsverhandlungen ...

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

– Herr Laschet, ich spreche Sie an. Sie haben das gerade gesagt. – ... mit der Universität Bielefeld. Aber sowohl auf das Berufungsverfahren als auch auf die Berufungsverhandlungen hat die Landesregierung nicht den geringsten Einfluss.

(Henning Rehbaum [CDU]: Das glaube, wer will!)

Die Landesregierung hat damit nichts, aber auch gar nichts zu tun. Das ist von Gesetzes wegen, Herr Kollege Laschet, ausschließlich eine Angelegenheit der Universität. Das wissen Sie ganz genau,

(Beifall von der SPD – Zurufe von der CDU)

und trotzdem behaupten Sie, Herr Prof. Dr. Kretschmer sei befangen gewesen.

Im Übrigen, Herr Kollege Laschet: Zeitungsberichten zufolge ist Herr Prof. Kretschmer auch CDU-Mitglied. Das spricht nicht gegen ihn, aber das trifft Sie doch besonders mit Ihrer maßlosen, unverschämten Kritik an einem unbescholtenen Wissenschaftler, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD – Zurufe von der CDU)

Ich füge hinzu: Offensichtlich wissen Sie gar nicht, was Sie anrichten. Sie treffen doch damit die gesamte Wissenschaftslandschaft in Nordrhein-Westfalen. Sie stellen alle unter Generalverdacht, Herr Kollege Laschet.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den Grünen)

Die Wahrheit ist ja eine andere. Der einzige Grund, warum Sie sich, Herr Kollege Laschet, zu den Vorwürfen gegen Herrn Prof. Dr. Kretschmer haben hinreißen lassen, ist, dass er Ihre Vorwürfe, die Vorwürfe der Opposition, nicht bestätigen konnte und sie zum Teil sogar widerlegt hat.

(Armin Laschet [CDU]: Hatte er alle Dokumente?)

Dabei zwingt Sie doch überhaupt niemand, sich seine Schlussfolgerungen zu eigen zu machen.

(Armin Laschet [CDU]: Hatte er alle Dokumente?)

Aber anstatt sich auf der Sachebene mit dem Gutachten auseinanderzusetzen, suggerieren Sie, Herr Prof. Dr. Kretschmer hätte sich unter Druck setzen lassen oder der Regierung eine Gefälligkeit erwiesen. Sie wissen ganz genau, wie ehrabschneidend und wie rufschädigend ein solcher Vorwurf ist.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den Grünen)

Herr Kollege Laschet, nehmen Sie das gegenüber Herrn Prof. Kretschmer endlich zurück!

Meine Damen und Herren, es waren CDU und FDP, die unbedingt noch einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss einsetzen wollten.

(Christian Möbius [CDU]: Ist das Thema nicht wichtig genug?)

Jetzt haben wir den Untersuchungsausschuss, der in der Kürze der Zeit die Aufklärung leisten muss, die noch zu leisten ist. Was aber müssen wir erleben? Die Einzigen, die emsige Ausschussarbeit leisten, sind die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen.

(Zurufe von der CDU und der FDP)

– Das sind die Einzigen, meine Damen und Herren. Diese beiden Fraktionen sind es, die Anträge zur Akteneinsicht einreichen, die Zeitpläne aufstellen, die Zeugen vorschlagen und Vernehmungen ansetzen. Wo ist denn die konstruktive Mitarbeit der Opposition?

(Torsten Sommer [PIRATEN]: Hier!)

Fehlanzeige, meine Damen und Herren, genau bei diesen Punkten!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir wissen ja, warum das so ist. Sie haben doch gemerkt, dass man mithilfe der Zeugen zwar Sachverhalte beleuchten, aber nicht die Regierung beschädigen kann.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Deshalb sind die Pressetermine das Einzige, was Sie noch interessiert. Zudem erfinden Sie ständig neue Nebenkriegsschauplätze. Aus harmlosen und, mit Verlaub, auch ziemlich nichtssagenden E-Mails spinnen Sie wilde Verschwörungstheorien.

(Zuruf von der CDU: Eijei!)

Dann treffen Sie Absprachen zur Vernehmung der Ministerpräsidentin – an die Sie sich zwei Stunden später schon gar nicht mehr halten wollen –, weil Sie die Chance für eine Skandalisierung wittern. Jetzt möchte die FDP auch noch gegen den Zwischenbericht des Untersuchungsausschusses klagen, weil die Dokumentation von Zeugenaussagen eine unzulässige Bewertung sei.

(Zuruf von der CDU: So ist das!)

Mit Verlaub, Herr Kollege Stamp, das ist doch an Bigotterie überhaupt nicht mehr zu überbieten.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, Sie werfen uns politische Bewertungen vor und nehmen selbst in der Presse und im Fernsehen eine vorschnelle politische Bewertung nach der anderen vor.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: So ist das!)

Sie verstoßen fortwährend gegen die Regularien des Untersuchungsausschussgesetzes. Ja, es sind immer noch viele Fragen offen. Aber wie soll dieser Landtag glaubwürdige Aufklärungsarbeit leisten, wenn wir uns nicht gegenseitig mit dem gebotenen Mindestmaß – mehr verlange ich ja gar nicht – an Anstand und Respekt begegnen?

(Zurufe von der CDU und der FDP)

Herr Kollege Lindner, der heute nicht hier sein kann, hat dem Innenminister – ich wiederhole das, ich habe es hier schon einmal gesagt – Strafreitelung im Amt vorgeworfen. Bis heute hat er sich dafür nicht entschuldigt.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Sie haben sich bis heute auch nicht entschuldigt, Herr Römer!)

Herr Laschet behauptet, die Regierung würde – vermeintlich – belastende Akten vernichten, wenn man sich nicht daran hindere. Es gibt keinen einzigen Hinweis darauf, dass dieser Vorwurf berechtigt ist. Herr Kollege Laschet, Sie sollten sich schämen und sich dafür entschuldigen.

(Beifall von der SPD)

Ein Wahlkampf erklärt ja vieles, aber er entschuldigt nicht alles. Am 14. Mai – wir alle wissen das – entscheidet sich eine ganze Menge: für unser Land, für unsere Parteien und auch für jede und jeden einzelnen Abgeordneten. Aber eines – das sage ich an die Adresse der Opposition gerichtet – sollten Sie dabei bedenken: Es wird auch einen 15. Mai geben. An dem Montagmorgen werden auch Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, in den Spiegel schauen und sich fragen müssen, ob der Zweck die Mittel geheiligt hat und ob das Ergebnis Ihres Redens und Ihres Handelns von heute

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Das sagt der Richtige! Arroganz!)

das alles rechtfertigt hat. Gehen Sie mal in sich. – Vielen Dank fürs Zuhören. Glück auf!

(Anhaltender Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Römer. – Für die FDP-Fraktion hat jetzt Herr Dr. Stamp das Wort.

Dr. Joachim Stamp (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Herr Römer, das, was Sie hier gerade vorgetragen haben, ist eine unglaubliche Anmaßung.

(Beifall von der FDP, der CDU und den PIRATEN)

Sie unterstellen uns, wir würden in diesem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss keine Aufklärungsarbeit leisten, obwohl wir allein in der vergangenen Woche dort 32 Stunden lang gesessen haben.

(Zurufe von der SPD: Gesessen haben!)

– Gesessen haben, zugehört haben, Fragen gestellt haben, vorbereitet haben und nachbereitet haben. Sie alle wissen, in welcher Phase der Legislaturperiode wir uns befinden.

Sie sind dort mit fünf Abgeordneten vertreten, die alle nicht wiederkommen werden. Das ist „toll“, was den Anspruch betrifft, wenn man über die Kontinuität eines möglichen folgenden Parlamentarischen Untersuchungsausschusses nachdenkt.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Aber die Leute beschimpfen! – Sigrid Beer [GRÜNE]: Die Kollegen beschimpfen!)

Das, was Sie hier machen, ist wirklich eine Unverschämtheit, nämlich uns so etwas zu unterstellen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Herr Kollege Römer, ich bin auch erstaunt über die Arroganz, mit der Sie hier auftreten.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zurufe von der SPD)

Das Gutachten wird in der Staatskanzlei parallel zu einer Sitzung des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses vorgestellt. Daran kann man sehen, wie hier mit dem Parlament umgegangen wird.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wir tagen dort, und Sie machen eine Pressekonferenz.

Das Gutachten wird vorgestellt, und Sie erklären, dies sei eine krachende Niederlage für die Opposition. Es war aber keine krachende Niederlage für die Opposition, weil Ihr eigener Koalitionspartner gesagt hat: Das Gutachten ist nicht in Ordnung, wir brauchen ein Zweitgutachten. – Meine Damen und Herren, ist das wirklich eine krachende Niederlage für die Opposition, oder ist das nicht eher peinlich für den Fraktionsvorsitzenden Römer? – Das nur zur Klarstellung vorweg.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ich möchte noch einmal klar erläutern – und diese Bemerkung voranstellen –, warum wir den Rücktritt von Innenminister Jäger fordern. Wir haben das nicht getan anlässlich der Vorfälle an Silvester, wir haben das nicht bei Hogesa getan, und wir haben das nicht nach Burbach getan.

(Zuruf von der FDP: So ist das!)

Aber wir haben es jetzt getan, und zwar nicht, weil im Fall Anis Amri Fehler gemacht worden sind. Alle, die hier sitzen, machen Fehler. Wir alle wissen, dass in Behörden Fehler gemacht werden. Überall, wo gearbeitet wird, werden Fehler gemacht. Aber wer im eigenen Verantwortungsbereich von vornherein Fehler negiert, der kann keine Fehler analysieren, und der wird diese Fehler auch wieder machen. Deswegen, Frau Ministerpräsidentin Kraft, sage ich Ihnen noch einmal: Tun Sie diesem Land einen Gefallen und entlassen Sie noch heute Ralf Jäger als Innenminister!

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ich muss an der Stelle gar keine Beweiswürdigung vornehmen; denn anders als in dem Entwurf für den Zwischenbericht des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses haben ja kluge Journalistinnen und Journalisten bereits längst die Öffentlichkeit informiert, was alles losgewesen ist.

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Da schleimen Sie aber!)

– Wenn Sie sagen, das ist Schleimerei, Frau Ministerpräsidentin, dann zeigt das auch, welches Verhältnis Sie zu den Medien hier in Nordrhein-Westfalen haben.

(Beifall von der FDP und der CDU – Armin Laschet [CDU]: Unglaublich!)

Gehen wir das doch noch einmal durch: § 58a Aufenthaltsgesetz – Abschiebeanordnung. Unser Gutachter der FDP, Herr Prof. Müller, hat damals gesagt, vom Gesetzestext her wäre es möglich, aber unwahrscheinlich, diesen Paragraphen zu ziehen. Insofern hätte er Verständnis für die Regierung. Aber er hat das unter der Maßgabe gesagt, dass er zu diesem Zeitpunkt keine Akteneinsicht hatte und sich auf die Rechtsauffassung, die der Abteilungsleiter im Innenausschuss vorgelegt hat, verlassen musste, dass keine gerichtsverwertbaren Akten da waren.

Mittlerweile wissen wir aber, dass es gerichtsverwertbare Akten gegeben hätte.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: So ist es!)

Insofern bricht auch an dieser Stelle die Argumentation von Herrn Jäger, sich auf den FDP-Gutachter zu beziehen, zusammen, wenn er sagt: § 58a hätte man nicht ziehen können.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Das muss man sich noch einmal klarmachen: Da warnt das Landeskriminalamt, dass eine konkrete Anschlagsgefahr von Anis Amri ausgeht, und gibt die Information an das Innenministerium.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Das kann doch nicht wahr sein! Das ist doch eine Bewertung! – Weitere Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

– Das können Sie in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, in „DIE WELT“, und woanders nachlesen.

(Weitere Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

– Frau Kollegin, Sie können hier dazwischenrufen, wie Sie möchten, ich beziehe mich auf das, was wir in der „WELT“ und in der „FAZ“, um zwei Zeitungen zu nennen, nachlesen konnten – in anderen Zeitungen stand es auch –,

(Erneut Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

dass sich das Landeskriminalamt, wie wir den Medien entnehmen konnten, mit einer konkreten Warnung an das Innenministerium gewandt hat. Das Landeskriminalamt hat auch bei der Generalbundesanwaltschaft gefragt, ob es denn, wenn denn § 58a gezogen werden soll, die Möglichkeit gibt, die Akten zu bekommen und damit gerichtsfeste Beweise zu haben. Die Generalanwaltschaft hat dann nach Medienberichten gesagt: Wenn ihr den Mumm habt, § 58a zu ziehen, dann werden wir das wohlwollend prüfen.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Das PUA-Gesetz wird hier ausgehebelt!)

Diese Argumente, es gäbe keine gerichtsverwertbaren Akten, zieht nach Aussage der Medien, Frau Kollegin, nicht mehr.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Stattdessen konnten wir den Medien Folgendes zur Sicherheitskonferenz entnehmen. Wir alle haben uns immer vorgestellt, was denn diese Sicherheitskonferenz sei. Das war nämlich das Treffen von sechs Sachbearbeitern, die das vorbereitet haben, und dann hat ein einzelner Abteilungsleiter entschieden. Auch das können Sie den Medien entnehmen, Frau Kollegin. Ein einziger Abteilungsleiter – ohne Rückkoppelung mit dem Minister! Was ist das für eine Sicherheitsarchitektur in diesem Innenministerium von Ralf Jäger? Und dann wird erzählt, man sei bis an die Grenze des Rechtsstaats gegangen. Das steht übrigens im öffentlichen Protokoll, Frau Kollegin, und das kann ich hier zitieren, wie ich will.

(Thomas Stotko [SPD]: Alles Bewertungen!)

Wenn man nicht einmal versucht hat, die Gesetze anzuwenden,

(Beifall von der FDP und der CDU)

dann ist die Prognose eines einzelnen Abteilungsleiters der Exekutive mehr wert als die Beurteilung eines Richters, eines Vertreters der Judikative. Wenn das das Rechtsstaatsverständnis der Sozialdemokratie in Deutschland ist, dann gute Nacht, liebe SPD.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Präsidentin Carina Gödecke: Sie denken an die Redezeit?

Dr. Joachim Stamp (FDP): Ja, sie ist, glaube ich, gerade erst abgelaufen.

Präsidentin Carina Gödecke: Nein.

Dr. Joachim Stamp (FDP): Wie viel habe ich denn noch?

Präsidentin Carina Gödecke: Sie haben noch 30 Sekunden.

Dr. Joachim Stamp (FDP): Dann habe ich noch 30 Sekunden. Es kommt ja noch eine zweite Runde, meine Damen und Herren. – Ich will an dieser Stelle aber schon einmal sagen, weil mir das wirklich wichtig ist: Wir haben auch über die Möglichkeit von Meldeauflagen gesprochen. Dazu gibt es Auffassungen, dass es möglich gewesen wäre, Amri nicht nur festzusetzen, sondern ihm auch Telekommunikation und Internet zu verbieten. Dann sagt der Minister in öffentlicher Sitzung im Innenausschuss, das hätte er bei seinem zwölfjährigen Sohn auch schon einmal probiert, und es wäre erfolglos gewesen.

Wenn man mit einer solchen flapsigen Haltung an dieses Thema herangeht, dann ist man auch charakterlich für dieses Amt nicht geeignet, meine Damen und Herren. Entlassen Sie diesen Minister, Frau Ministerpräsidentin!

(Beifall von der FDP und der CDU)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Dr. Stamp. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Kollege Mostofizadeh.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Präsidentin, ich bitte zumindest den Redebeitrag des Kollegen Stamp zu prüfen. Wir hatten uns nämlich ausdrücklich darauf geeinigt – und Sie hatten darauf hingewiesen –, dass von Mitgliedern des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses keine Vorabbewertung von Beweisstücken in der heutigen Debatte stattfinden sollte. Meines Erachtens ist das überschritten worden.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Ich möchte da auch einen wichtigen Punkt ansprechen: Wir sind in dieser Aktuellen Stunde in einer Debatte, in der es wieder massiv durcheinandergeht, was der aktuelle Anlass ist, was die Frage von Punkten betrifft, die wir seit Monaten diskutiert haben. Die Aktuelle Stunde ist jetzt zugelassen worden – das

nehmen wir zur Kenntnis –, aber ich möchte auch darauf hinweisen, dass wir über einen Vorgang reden, bei dem zwölf Menschen nach dem schlimmsten islamistischen Anschlag, den es in Deutschland bisher gegeben hat, zu Tode gekommen und bei dem 50 weitere Personen verletzt worden sind.

(Zurufe von der CDU)

– Können Sie das nicht aushalten?

Deswegen appelliere ich an alle, die heute an der Debatte beteiligt sind, dass wir dieses Thema mit großer Sorgfalt angehen,

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

da wir ein Vorbild für die Öffentlichkeit darstellen, und dass wir uns an die Gesetze, die wir uns selbst gegeben haben, auch in diesem Hohen Hause halten.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Ich möchte darauf hinweisen, dass zumindest ich – und das geht etlichen anderen ganz genauso – den Eindruck hatte, dass es nicht um die Sachaufklärung geht, sondern um das, was der Kollege Römer eben gesagt hat, nämlich um Wahlkampfgezerre und eben nicht um Aufklärungsarbeit, um billige Geländegewinne und nicht darum, die Arbeit konsequent und aufklärerisch zu Ende zu führen. Das finde ich nicht in Ordnung, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Der erste Hinweis fand ja schon am Tag nach der Begehung der Tat statt. Und wenn man dann den Blick nach Berlin richtete, musste man ja hören, dass der Obmann des Innenausschusses der CDU, Herr Armin Schuster, in die laufenden Kameras gesagt hat, Schuld an dem Attentat sei die Ausländerpolitik des Koalitionspartners, der SPD, und des Bundsrats. – Was das mit Aufklärungsarbeit und sachgerechter Politik zu tun hat, müssen Sie uns einmal erklären!

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Wenn wir dann jeden Sonntag in der „BILD“-Zeitung lesen müssen, dass neue Leaks durchgestochen werden, hat das auch nichts mit sachgerechter Arbeit zu tun. Und wenn wir dann nach den Ausschusssitzungen die Öffentlichkeitsarbeit der Opposition sehen müssen, wo wieder – und darauf hat Kollege Römer zu Recht hingewiesen – nicht zulässige Vorabbewertungen von Beweisen stattfinden, dann sind das fortlaufende Verstöße gegen unser PUA-Gesetz. Deswegen machen Sie deutlich: Sie sind nicht an Aufklärung interessiert, sondern Sie verstoßen ständig gegen die Spielregeln, die wir uns hier gegeben haben.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Herr Kollege Stamp, Sie haben es eben ja in aller Offenheit gesagt, worum es Ihnen geht: Ihnen geht es

darum, den Skalp von Innenminister Jäger abzuholen. Und ich füge hinzu: Ihnen geht es auch darum – das hat die CDU sehr deutlich gemacht –, von der Verantwortung anderer Verantwortungsträger, nämlich in Berlin – und ich meine das Land Berlin, den ehemaligen Innensenator und Justizsenator, den Bundesinnenminister und möglicherweise auch den Generalbundesanwalt –, abzulenken. Das ist Ihr Auftrag, und so agieren Sie hier auch.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Was ich mich auch frage, Herr Kollege Stamp: Warum klagen Sie jetzt gegen den Untersuchungsausschussbericht? Es geht darum, dass der Untersuchungsausschuss einen Zwischenbericht vorlegt. Allen war doch bei der Beantragung des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses klar, dass wir sehr schnell arbeiten, sehr schnell Ergebnisse vorlegen müssen. Heute ist die letzte Plenarrunde. Dass man dann der Öffentlichkeit einen Zwischenbericht vorlegt, ist doch das Mindeste, was das Parlament an Transparenz über die Arbeit herstellen muss, Herr Kollege.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Aber ein anderer Vorgang macht mich auch ein bisschen stutzig, Herr Kollege Stamp, nämlich was das Aufklärungsinteresse der Freien Demokraten anbetrifft: Warum sind Sie eigentlich so still, wenn die Causa Wendt im Innenausschuss aufgerufen wird? Meine Kolleginnen und Kollegen im Innenausschuss hatten ja schon Sorge, dass Herr Lürbke eine Stimmbandverletzung hat, weil er überhaupt nicht mehr nachgefragt hat. Der sonst so forsch fragt, hatte keine Fragen mehr. Kann das damit zu tun haben, dass die FDP da möglicherweise Sachen erklären muss, die sie nicht erklären möchte? – Das macht den Eindruck von Wahlkampf und nicht von Aufklärungsinteresse, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP!

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Zuruf von Dr. Joachim Stamp [FDP])

Jetzt ein Punkt, der mir persönlich ganz wichtig ist – Sie haben mich ja zweimal angesprochen –: Wie skurril und hoffnungslos Sie sich an einzelne Strohhalme klammern wollen, sieht man daran, dass Sie den formalen Bezug – ich werde auch gleich sehr genau sagen, was Sie dazu gesagt haben – des Gutachters zur Universität Bielefeld nutzen, um wieder von Hauptkriegsschauplätzen abzulenken und einen Nebenkriegsschauplatz aufzumachen.

(Zuruf von Dr. Joachim Stamp [FDP])

Deshalb, Herr Kollege Stamp, wäre es sinnvoll gewesen – das war meine Hoffnung, das will ich ganz klar sagen –, diesen Anlass nicht zu bieten. Nichts anderes habe ich gesagt. Ich habe übrigens gestern mit Prof. Kretschmer telefoniert. Ich habe ihm gesagt, wozu es mir da ging. Ich bin klar in dieser Sache mit ihm. Und ich sage Ihnen sehr deutlich: Ihre skurrilen

Anwürfe und Ihre Reaktion auf das, was ich da gesagt habe, machen ja deutlich, dass – wenn dieser Anlass nicht gewesen wäre – meine Hoffnung, dass man unangeregt und aufklärerisch an die Sache geht, völlig sinnlos gewesen ist, weil Sie sich überhaupt nicht auf die Hauptsache kaprizieren, sondern von Hauptpunkten ablenken und eben auf Nebenkriegsschauplätze ausweichen wollen. Das haben Sie heute und in der letzten Woche sehr deutlich gemacht.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Ich komme dazu, was wir eigentlich tun müssen: Wir haben mehrere Punkte – und das macht der Ausschussbericht sehr deutlich –, die noch zu besprechen sind, zum Beispiel die Frage, ob der ausreisepflichtige Amri hätte abgeschoben werden können. Da sagt der Bundesinnenminister: Ja, das hätte man machen können. – Und der Innenminister des Landes sagt: Das kann man nicht machen, weil man nämlich Pass- oder Passersatzpapiere braucht, um ihn abschieben zu können. – Das müssen wir aufklären. Dafür gibt es eine Beweiserhebung; das wird die nächste Zeit dann zeigen.

Man muss im Übrigen auch einmal die Frage aufklären, warum im Herbst letzten Jahres – die nordrhein-westfälischen Sicherheitsbehörden haben ja auf die Gefährlichkeit von Amri und darauf hingewiesen, dass er ein Selbstmordattentäter ist – die Berliner Behörden beispielsweise die Überwachung von Amri eingestellt haben. Auch das würde mich zumindest sehr interessieren. Auch dazu muss der Untersuchungsausschussbericht am Ende Auskunft geben.

Sie sehen, liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt noch einiges zu tun in diesem Untersuchungsausschuss. Und da komme ich auf einen Punkt zurück, den Herr Kollege Laschet eben gesagt hat – völlig skurril, Sie machen sich ja geradezu lächerlich –: Wenn Sie in Berlin einen Untersuchungsausschuss fordern wollen – die CDU hat die alleinige Mehrheit, um diesen Untersuchungsausschuss in Berlin durchzusetzen –, warum machen Sie es denn nicht? Haben Sie Rücksicht auf andere zu nehmen an der Stelle?

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Nach all dem wird für mich zumindest klar: Sie machen Spiegelfechtere; Sie sind nicht an der Aufklärung interessiert.

(Zurufe von der CDU)

Meine Kolleginnen und Kollegen und auch die von der SPD haben sehr deutlich gemacht, dass sie ihre Arbeit machen wollen. Die Ministerpräsidentin wird auch diese Woche Rede und Antwort stehen. Und wenn Herr Stamp letzte Woche nicht Wahlkampftermin gehabt hätte, hätte sie auch letzte Woche Rede und Antwort gestanden. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit!

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Mostofizadeh. – Für die Piratenfraktion spricht Frau Kollegin Brand.

Simone Brand (PIRATEN): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer! – Herr Römer, haben Sie das nötig? Haben Sie es nötig, das Plenum und die Öffentlichkeit anzulügen?

(Beifall von den PIRATEN, der CDU und der FDP)

80 % aller Beweisanträge in diesem Untersuchungsausschuss sind von CDU, FDP und Piraten gestellt worden. Das ist die Wahrheit.

(Beifall von den PIRATEN, der CDU und der FDP)

Die Wahrheit ist auch, dass sämtliche unserer Beweisanträge erst einmal vom Vorsitzenden zurückgestellt und dass nur die Beweisanträge von der SPD und den Grünen berücksichtigt worden sind. Donnerstags ist abgestimmt worden, Herr de Maizière soll kommen. Er stand dienstags schon auf der Matte. Da läuft doch etwas schief.

(Frank Herrmann [PIRATEN]: Ja, wer stellt den Vorsitzenden?)

Jegliche sinnstiftende Strukturierung wurde dabei außer Acht gelassen. Dann sagen Sie, wir arbeiten nicht! Sie sollten einmal schauen, wie voll es bei uns im Untersuchungsausschuss ist. – Ich finde das unverschämt.

(Beifall von den PIRATEN, der CDU und der FDP)

Ich bin Integrationspolitikerin, und als solche habe ich keine leichten Zeiten hinter mir. Die Akzeptanz der Aufnahmegesellschaft ist unabdingbar für eine gelingende Integration, denn nur so kann Willkommenskultur gelebt werden. Von den vielen Menschen, die in den letzten zwei, drei Jahren zu uns nach Deutschland gekommen sind, haben wenige, sehr wenige dies nicht in guter Absicht getan. Bei diesen wenigen sage ich auch: Die wollen wir hier nicht. Die schaden den Menschen, die seit jeher hier leben, und damit natürlich auch der Bereitschaft der Bevölkerung, Deutschland als Einwanderungsland anzuerkennen. Wenn es den Behörden dann mit sehendem Auge nicht gelingt, Katastrophen von uns abzuhalten, habe auch ich ein Problem damit.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Richtig!)

Die Geschichte der tragischen Ereignisse vom Breitscheidplatz ist eine Ansammlung verpasster Chancen. Wenn es dem Innenminister einmal wieder nicht möglich ist, die Verantwortung dafür zu übernehmen und nach wiederholtem Organisationsversagen und Kommunikationsversagen seinen Hut zu nehmen, so

hätte ich mindestens erwartet, dass er einmal die Wumpe hat, zu sagen: Es ist etwas schiefgelaufen. Ich möchte mich für mein Haus entschuldigen. Ich gestehe Fehler ein.

(Beifall von den PIRATEN, der CDU und der FDP – Josef Hovenjürgen [CDU]: Herr Jäger macht keine Fehler! – Weiterer Zuruf von der CDU: Er macht nie Fehler!)

Nichts davon ist geschehen – stattdessen permanenter Verteidigungsmodus. Man weist jegliche Schuld von sich.

Zu den Ereignissen an Silvester 2015 gab es dann auch noch das Bauernopfer: Polizeipräsident Albers, die maximal höchste Schachfigur unter dem Ministerium, welche gehen konnte. Aber jetzt, beim Fall Amri, waren wirklich alle unfehlbar.

Minister Jäger betont immer wieder, er sei bis an die Grenzen der Rechtsstaatlichkeit gegangen – was nach aktueller Kenntnislage so nicht stimmt.

(Beifall von den PIRATEN, der CDU und der FDP – Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

Doch, Frau Ministerpräsidentin, statt jetzt selbst endlich die Reißleine zu ziehen, wird sogar noch ein Gutachter bemüht, dessen Objektivität selbst Ihr Koalitionspartner anzweifelt. Der Gipfel sind dann die E-Mails aus den höchsten Kreisen Ihres Hauses, in denen die Verantwortung von NRW weggebogen werden soll und Amris Zusammenhang mit dem Salafismus heruntergespielt wird.

Frau Kraft, auch wenn dieser eine Zeitpunkt nicht kommt, an dem Sie mit Ihrem Kabinett am Kamin sitzen und jemand endlich aufsteht und sagt: „Gute Nacht Freunde, es wird Zeit für mich, zu gehen“, muss man auch mal selbst loslassen können

(Beifall und Heiterkeit von den PIRATEN, der CDU und der FDP)

und nach den Kategorien der Psychologie, die Herr Römer gerade ansprach, nicht klammern. So ein Abschied kann etwas Befreiendes haben, kann neue Möglichkeiten offenbaren, klären und ein Durchatmen zulassen.

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Auf welchem Niveau bewegen Sie sich hier? – Zuruf von der SPD: Reden Sie gerade von Ihrer eigenen Fraktion?)

Stattdessen zementieren Sie Ihr Festhalten, das Verharren in Stagnation, und lassen die Menschen in diesem Land fassungslos auf Minister Jäger blicken, dem keiner mehr zutraut, in NRW für Sicherheit zu sorgen.

(Beifall von den PIRATEN, der CDU und der FDP)

Mit diesem Verhalten haben Sie weder sich und erst recht nicht der Integrationspolitik einen Gefallen getan. Letztendlich schaden Sie sich selbst, und Ihrem Land haben Sie einen Bären dienst erwiesen.

(Beifall von den PIRATEN – Zuruf von der CDU: Jawohl!)

Apropos Bären dienst: In Ihrem Kabinettsmärchenwald ist der gute Jäger schon lange zum Problembär geworden,

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Aber erschießen können wir ihn nicht!)

und was man mit Problembären machen kann, da fragen Sie am besten einmal in Bayern nach. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN, der CDU und der FDP – Unruhe bei der SPD – Jochen Ott [SPD]: Das Niveau wird immer besser!)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Brand. – Es spricht jetzt der fraktionslose Abgeordnete Schulz. – Herr Kollege Schulz, Sie bekommen selbstverständlich auch zusätzliche Redezeit, allerdings nicht zwei Minuten, sondern 40 Sekunden.

Dietmar Schulz (fraktionslos): Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Was hier und heute bisher abgeliefert worden ist, wird weder der Sache noch der Tatsache gerecht, dass wir in Deutschland im vergangenen Dezember den schlimmsten islamistischen Terroranschlag auf deutschem Boden zu beklagen hatten, mit zahlreichen Toten und weiteren Opfern. Es sei an dieser Stelle einmal ausdrücklich der Opfer und ihren Angehörigen gedacht – diese Zeit muss sein, und das habe ich bisher heute noch nicht gehört –, Opfer, deren einzige Genugtuung trotz des Leids sein kann, dass Politik aufklärt und vor allem Verantwortung übernimmt.

Seit Mitte Dezember erleben wir vor allem vonseiten der Landesregierung unter Rot-Grün das diametrale Gegenteil. Niemand hat bislang auch nur ansatzweise die politische Verantwortung für die Geschehnisse und das, was schiefgelaufen ist, übernommen – Verantwortung für das, was schon jetzt nicht anders denn als Exekutivversagen, als Staatsversagen durch Untätigkeit bezeichnet werden muss.

Aufklärung im politischen und exekutiven Sinne ist keine Dienstleistung im juristischen Sinne. Politik schuldet gerade in Krisensituationen einen Erfolg. Stellt sich dieser nicht ein oder verschlechtert sich eine Situation gar bis hin zu einer vagen Informations- und Faktenlage, ist diese Politik gescheitert.

Was wir insbesondere aus den umfangreichen Berichten der Medien lernen, aber auch aus den Sitzungen des Innenausschusses des Landtags und nicht zuletzt aus dem bisher vorliegenden Kenntnisstand aus der Tätigkeit des entsprechenden Untersuchungsausschusses, ohne dies abschließend zu bewerten, ist: Es gibt einen massiven Graben zwischen Ermittlungsbehörden und Innenministerium. Es gibt nachgerade einen Canyon zwischen dem Innenministerium und dem Innenminister.

Das, was da an Fehlern angehäuft wurde, ist in einem Maße verantwortungslos, dass es heute wundern muss, dass der verantwortliche Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen noch immer auf diesem Platz sitzt, und zwar nach dem Motto: Egal, was passiert, ich war es nicht, habe dafür nicht die Verantwortung zu übernehmen und werde wohl jemanden finden, der schuld ist, falls nicht, sind es eben alle anderen, aber ich jedenfalls nicht.

Herr Minister Jäger, Sie und die Ihnen unterstehenden Behörden sind in Sachen Amri an die Grenzen des Rechtsstaats gegangen? – Nein, ich sage, Sie sind nicht einmal ansatzweise in die Nähe dieser Grenzen gekommen, mit Ausnahme des Landeskriminalamts, und das wollten Sie offenbar nicht hören.

Sie, Herr Minister, haben stattdessen die Justiz zu ersetzen versucht, indem Sie Rechtsfolgen antizipiert haben, die bis heute keinen einzigen Richterspruch für sich sprechen lassen. Nebelkerzen wurden gezündet und die Übernahme exekutiver Verantwortung im politischen Raum abgelehnt. Daraus kann nur eine Folge resultieren: Rücktritt oder, Frau Ministerpräsidentin, Entlassung. Denn andernfalls, Frau Ministerpräsidentin, fällt das Problem, mit welchem Herr Minister Jäger seit Monaten zu kämpfen hat – sogar seit Jahren, wenn wir an andere Ereignisse wie Hogesa oder die Silvesternacht denken –, auf Sie selbst zurück.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Dann ist das Problem Ihr Problem, Frau Ministerpräsidentin, und heute stehen Sie nicht einmal auf dem Rednertableau, was mich einigermaßen verwundert,

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Wie soll das denn gehen? Ich muss doch am Freitag aussagen!)

sich allerdings damit entschuldigen lässt, dass Sie am Freitag im Ausschuss Rede und Antwort stehen müssen.

Frau Ministerpräsidentin, ich schließe mich den Forderungen der Opposition gänzlich an, insbesondere denen der FDP: Entlassen Sie Ihren Innenminister. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Vereinzelt Beifall von den PIRATEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Schulz. – Bevor ich Herrn Minister Lersch-Mense für die Landesregierung das Wort erteile, möchte ich mich an Frau Kollegin Brand wenden.

Frau Kollegin Brand, ich werde förmlich prüfen lassen, ob ich Sie für die Assoziation, die Sie mit Ihrem letzten Satz in den Raum gestellt haben, offiziell und formal rügen kann. Denn es ist eine Unverschämtheit gewesen, in dieser Weise den Minister oder auch Kollegen anzugehen. Das geht hier nicht.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Für die Landesregierung hat jetzt Herr Minister Lersch-Mense das Wort.

Franz-Josef Lersch-Mense, Minister für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Der Parlamentarische Untersuchungsausschuss untersucht derzeit alle Fragestellungen rund um das schreckliche Attentat auf dem Breitscheidplatz am 19. Dezember des vergangenen Jahres.

Einen inhaltlichen Zwischenbericht wollten Sie hier im Plenum nicht diskutieren. Sie haben gleichzeitig aber eine Aktuelle Stunde beantragt, und das lässt, glaube ich, deutlich werden, dass es hier nicht wirklich um Sachaufklärung geht, sondern um politische Inszenierung und Skandalisierung.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Armin Laschet [CDU]: Sagen Sie was zu den E-Mails!)

Meine Damen und Herren, die Aufklärung des schrecklichen Attentats vom 19. Dezember 2016 sollte nicht von Wahlkampfüberlegungen getrieben sein, sondern sich auf eine Kernfrage konzentrieren: Hätte der schreckliche Anschlag verhindert werden können? Wie kann eine Wiederholung nach Möglichkeit ausgeschlossen werden? Diese Frage gehört in der Tat in den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss und muss dort beantwortet werden.

Herr Laschet, ich darf darauf hinweisen: Was mögliche Rechtsänderungen angeht, so sind wir in der Bundespolitik dabei, die eigentlich fatale Dreimonatsfrist für die Besorgung von Passersatzpapieren zu verlängern, und das ist doch schon ein Zeichen dafür, dass auch auf der Rechtssetzungsebene Konsequenzen gezogen werden, die auch gezogen werden müssen.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Gerne nehme ich aber auch zu Fragen Stellung, meine Damen und Herren, die eher am Rande dieser zentralen Fragestellung liegen.

Herr Laschet, Sie haben gefragt, ob denn alle Akten dem Gutachter vorgelegen hätten. Der von der Landesregierung bestellte unabhängige Gutachter hatte

uneingeschränkter Zugang zu allen Dokumenten und Akten, die dem Zugriff der Landesregierung unterfielen. Das heißt nicht, dass er alle Akten hatte. Denn leider hat der Generalbundesanwalt eine Einsicht in die von ihm geführten Verfahren abgelehnt,

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Hört, hört!)

sodass auch das Landeskriminalamt dem Gutachter in diesen Teil seiner Akten keine Einsicht gewähren durfte.

Der Vorwurf, die Landesregierung habe den Zugriff des Gutachters beschränkt oder ihm Unterlagen vorenthalten, entbehrt jeder Grundlage.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Herr Prof. Kretschmer hat im Zuge der Präsentation seines Gutachtens ausführlich seine Schlussfolgerungen zur Möglichkeit einer Abschiebeanordnung dargestellt. Die Frage des Erlasses einer Abschiebeanordnung war seit März 2016 Gegenstand der Erörterung in der Sicherheitskonferenz und im Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrum.

Wenn Sie, Herr Stamp, jetzt die Aussage Ihres Gutachters relativieren, dass § 58a Aufenthaltsgesetz nicht zu ziehen gewesen sei, dann bleibt aber, dass auch der Bundesinnenminister diese Schlussfolgerung gezogen hat, dass nämlich für eine Ausweisung nach § 58a keine ausreichenden Grundlagen vorhanden gewesen seien, und darauf zielte auch die mögliche mündliche Intervention der Ausländerbehörde Kleve, die Sie in Ihrem Antrag ansprechen.

(Dr. Joachim Stamp [FDP]: Ihr eigener Gutachter sieht das anders!)

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat Herrn Prof. Kretschmer beauftragt, nachdem die Oppositionsparteien eine gemeinsame Beauftragung durch den Landtag abgelehnt hatten. Ausschlaggebend war für uns, einen fachlich kompetenten, von den Regierungsparteien unabhängigen Gutachter zu benennen, der bisher auch nicht im Auftrag der Landesregierung gearbeitet hat.

Herr Prof. Kretschmer hat inzwischen mehrfach, unter anderem im Untersuchungsausschuss, die Unabhängigkeit der Untersuchung und seiner Person unterstrichen. Er hatte bereits Mitte Dezember 2016, also vor dem Attentat, einen Ruf an die Uni Bielefeld erhalten. Das dortige Auswahlverfahren war also abgeschlossen. Die Entscheidung, ihm die Stelle an der Uni Bielefeld anzubieten, war längst gefallen, als wir ihn mit dem Gutachten beauftragt haben. Also, wo liegt da ein Interessenkonflikt?

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Die Uni Bielefeld hat sich hierzu in einer Pressemitteilung geäußert und die Abläufe eindeutig dargestellt. Im Übrigen werden – darauf ist schon hingewiesen worden – Professorinnen und Professoren

von den Hochschulen in Nordrhein-Westfalen autonom und nach Abschluss eines aufwendigen Auswahlverfahrens berufen. Ihr Dienstherr ist nicht das Land, ihr Dienstherr sind die Rektoren bzw. Präsidenten der jeweiligen Hochschule.

Wo und worauf soll die Landesregierung Einfluss genommen haben? Wenn Sie öffentlich solch schwere Vorwürfe erheben, dann bitte mutmaßen Sie nicht nur, sondern belegen Sie diese Vorwürfe auch konkret!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Sie sprechen in Ihrem Antrag auf diese Aktuelle Stunde auch einen internen Mailverkehr der Staatskanzlei an, der dem Untersuchungsausschuss vorliegt und der am Sonntag Gegenstand einer Berichterstattung in der „Bild am Sonntag“ war. Bei dieser Mail

(Zuruf von Lutz Lienenkämper [CDU])

handelt es sich um einen Auftrag, den ich gegeben habe, eine übersichtliche Chronologie sämtlicher Geschehnisse um Anis Amri zu erstellen, um die Öffentlichkeit umfassend zu informieren; denn zu diesem Zeitpunkt lag, wie Sie nachprüfen können, eine vollständige Chronologie nicht vor, sondern nur eine unvollständige Chronologie.

Ferner ging es darum, den zutreffenden Sachverhalt zu den Moscheebesuchen aufzuklären. In der Mail wird ausdrücklich Bezug genommen auf den Bericht des Leiters des Verfassungsschutzes von Nordrhein Westfalen am 5. Januar 2017 im Innenausschuss. Herr Freier hat dort ausgeführt:

„Es sind keine Netzwerke, sondern von diesen zwölf Moscheen ist es eine Moschee, die wir beim Verfassungsschutz als salafistisch beeinflusst sehen. Die anderen Moscheen sind türkisch, albanisch, bengalisch.“

Ich habe lediglich darum gebeten – und das geht aus der Mail eindeutig hervor, wenn Sie sie vollständig zitieren würden –, diese Information, die Herr Freier gegeben hat, auch öffentlich zugänglich zu machen. Was daran vertuschend, verbergend und verharmlosend sein soll, das kann ich beim besten Willen nicht erkennen. Ich weise ausdrücklich den Vorwurf als ehrverletzend zurück, es sei darum gegangen, Herrn Amri zu verharmlosen oder seinen salafistischen Hintergrund zu negieren. Was sollten wir daran für ein Interesse haben? Das ist eine böswillige Unterstellung! – Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister. – Für die CDU-Fraktion hat sich der Kollege Laschet gemeldet.

(Dietmar Bell [SPD]: Schlechter werden kann es ja nicht!)

Armin Laschet (CDU): Also, die Ministerpräsidentin ruft mir zu: Vielleicht entschuldigt er sich jetzt einmal.

(Andreas Bialas [SPD]: Nein, das war ich!)

Ich möchte aber, Frau Ministerpräsidentin, noch einmal um Antwort bitten – nicht durch Verbalinjurien von Herrn Römer, sondern vielleicht durch Sie persönlich. – Herr Römer, das war unterirdisch, aber darüber brauchen wir nicht weiter zu reden.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD)

Ich möchte die gleichen Fragen, die ich eben gestellt habe, hier noch einmal wiederholen. Da gibt es nichts zu entschuldigen. Entschuldigen müssen sich vielleicht andere in diesem Moment, die wegtun, wegdrücken und machen.

(Eva Voigt-Küppers [SPD]: Das ist doch unglaublich!)

Warum hat man nicht von Anfang an bei einem solchen Anschlag gesagt, hier ist was schiefgelaufen, und jetzt klären wir das auf, jetzt suchen wir die besten Mittel der Aufklärung!?

(Bernhard von Grünberg [SPD]: Machen wir doch!)

Das war meine Frage. Die habe ich hier an drei, vier Punkten gestellt, aber von den ersten Tagen an, während noch nicht einmal öffentlich zur Fahndung ausgeschrieben wurde: Warum kann ein Innenminister nicht mal 48 Stunden schweigen und den Dingen nachgehen, ehe er überall in der Welt Leute veralbert?

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das war meine Frage. Diesen Modus hat die Kollegin der Piraten doch treffend beschrieben.

(Andreas Bialas [SPD]: Was denn nun, reden oder schweigen? – Dietmar Bell [SPD]: Das war doch nicht in Köln! – Weitere Zurufe von der SPD)

Sie sind an dieser Aufklärung nicht in dem Umfang interessiert, wie es nötig wäre.

(Andreas Bialas [SPD]: Oh doch!)

Jetzt hat Herr Lersch-Mense gerade zu dem Gutachten sehr sachlich geschildert: Die Informationen des Landeskriminalamtes und auch der Ausländerbehörde Kleve sind nicht in dem Gutachten drin! Darauf hat er doch zu Recht hingewiesen. Dann war vielleicht dieser Gutachtensweg falsch. Dann kann man das doch sagen! Die Grünen sagen das offen: Wir brauchen ein zweites Gutachten.

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Das hat er doch gar nicht gesagt! Was erzählen Sie denn hier?)

– Er hat gesagt: Das vom LKA ist deshalb nicht drin, weil der Generalbundesanwalt das nicht freigegeben hat.

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Ja!)

– Okay! Also muss man doch sagen: Dann war der Gutachtensweg falsch, dann war der Parlamentarische Untersuchungsausschuss der richtige Weg!

(Monika Düker [GRÜNE]: Nein! – Weiterer Zuruf von Monika Düker [GRÜNE])

Weil wir das wissen wollen!

(Beifall von der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD)

Weil es doch relevant ist! Wir wüssten bis heute nichts von diesem LKA-Vermerk mit der Warnung „Dies ist ein gefährlicher Terrorist“, wenn es nicht den Untersuchungsausschuss ...

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Wir haben eine Anzeige gestellt beim Generalbundesanwalt! – Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Das ist doch in den Akten! Was erzählen Sie denn da? – Zurufe von der CDU und der FDP)

Wären wir – Herr Schemmer, Frau Präsidentin –, wären wir Ihnen gefolgt,

(Zurufe von der SPD und von der CDU)

wären wir der Methode ab dem Anschlag gefolgt, die die Landesregierung, die Ministerpräsidentin, der Innenminister vorgeschlagen haben, wäre es also bei diesem Gutachter geblieben, dann wüsste die Öffentlichkeit bis zum heutigen Tag, Frau Ministerpräsidentin, nicht, ...

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Ich habe Ihnen doch angeboten, selber ...)

– Frau Ministerpräsidentin, ich weiß nicht, warum Sie so unbeherrscht dazwischenreden, wenn ein Redner hier Fragen stellt! Unglaublich!

(Lebhafter Beifall von der CDU – Jochen Ott [SPD]: Das gibt es doch gar nicht! Was ist das denn für ein Schwachsinn! – Achim Tüttenberg [SPD]: Schwaches Nervenkostüm, der zittert schon! – Dietmar Bell [SPD]: Noch ein bisschen mehr Theater! Schmierentheater!)

Das ist doch nicht der Stil einer Ministerpräsidentin, wenn hier gefragt wird. Ihr Weg wäre gewesen, einen Gutachter zu benennen.

(Dietmar Bell [SPD]: Es hört eh keiner mehr, was Sie sagen!)

Herr Lersch-Mense schildert gerade, dass diesem Gutachter wegen eines Einspruchs des Generalbundesanwalts bestimmte Dokumente nicht vorlagen. Das sind die LKA-Akten, das sind die Akten, wonach Landesmitarbeiter sagen: Das ist ein gefährlicher Terrorist!

(Dietmar Bell [SPD]: Was erzählt der denn da?)

Also ist doch der Schluss richtig: Ihr Gutachterweg war falsch! Der PUA-Weg ist richtig; denn nur der PUA kann das aufklären, was hier im Land schiefgelaufen ist! Das müssen Sie sich anhören!

(Beifall von der CDU, der FDP und den PIRATEN – Zurufe von den GRÜNEN)

Dieser PUA: Sie wollen diese Aufklärung nicht; denn dieser PUA ... – Wir haben in dieser Wahlperiode ja viele Streitigkeiten gehabt.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Wir haben fünf PUAs. Bei vier PUAs hat das ganze Haus gesagt: Wir wollen gemeinsam aufklären. – Bei diesem PUA haben Sie nicht die Hand gehoben, sondern auf diesen Gutachter gesetzt und gedacht, Sie könnten damit manches unter der Decke halten. Das ist das Ergebnis, was wir heute feststellen.

(Beifall von der CDU)

Das ist alles. Man kann diesen Herrn als Gutachter berufen; das ist ja in Ordnung. Aber dann kann man doch dazusagen: Da steht zwar, er arbeitet an der Universität Gießen, aber wir sagen dem Parlament dazu: Er hat seit über einem Jahr eine Berufung nach Bielefeld und steht im Moment noch in Verhandlungen. – Ihr Problem ist doch, dass so etwas immer später herauskommt, dass irgendjemand es aufdecken muss, weil Sie es nicht in aller Klarheit sagen!

(Beifall von der CDU)

Deshalb haben die Grünen recht. Dieses Gutachten ist nichts wert, weil es nur eine halbe Information enthält. Herr Lersch-Mense, der Gutachter hat ein paar Formulierungen gewählt wie: Wenn das so und so wäre, hätte man den Paragraphen so und so anwenden können. – Wir wissen heute, dass es so und so war. Wenn der Gutachter die Fakten des Untersuchungsausschusses gekannt hätte, wäre er zu anderen Schlüssen gekommen, wie unser Recht anzuwenden wäre. Deshalb bleibt dieser politische Streit.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Das sagt der Rechtsprofessor Laschet!)

Er ist auch in einem Wahlkampf nötig.

(Zurufe von der SPD: Ah!)

– Mein Gott, sind Sie albern!

(Beifall von der CDU – Zurufe von der SPD)

Ich wünsche mir einen Innenminister, der sagt: Beiligt mich an diesen schwerwiegenden Dingen. Lasst uns bis an die Grenzen des Rechtsstaates gehen. – Der Generalbundesanwalt hat ja geschildert: Wenn man mich gefragt hätte, hätte ich mitgemacht. – Die Richter sagen: Wenn man uns das vorgelegt hätte, hätten wir entschieden. – Ich erwarte, dass ein Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen dies tut.

Ich teile die Rücktrittsforderung nicht. Das kann man immer wieder machen. Frau Kraft glaubt ja, es ist der Beste, den sie finden kann. Wenn sie solchen Kram erzählt, habe ich manchmal den Eindruck: Das ist wie bei der Oscar-Verleihung. Sie hatte den falschen Namen im Umschlag und lobt dauernd Herrn Jäger.

(Beifall und Heiterkeit von der CDU)

Aber das ist die Entscheidung der Ministerpräsidentin. Auch wenn Sie das noch zehnmal fordern, Herr Stamp, macht sie es nicht. Sie findet, er ist der Beste. Deshalb sage ich Ihnen: Wenn sie das so denkt, ist der Wähler derjenige, der entscheidet, ob Herr Jäger die nächsten fünf Jahre Innenminister dieses Landes ist.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Laschet. – Für die SPD-Fraktion hat sich Kollege Stotko gemeldet.

(Zurufe von der CDU: Oh! Ui! – Ibrahim Yetim [SPD]: Oh, da werden die aber nervös! – Unruhe)

Thomas Stotko (SPD): Das ist aber eine Begrüßung durch das Parlament! Besten Dank, ich weiß das zu schätzen.

(Beifall von der SPD)

Herr Kollege Laschet, wegen Ihrer gespielten Aufregung weiß ich jetzt, warum Sie nur der stellvertretende Oppositionsführer in diesem Land sind. Das war wirklich eine peinliche Nummer.

(Beifall von der SPD)

Man kann von Herrn Lindner halten, was man möchte, aber das hätte er besser gemacht. Aber das ist ein anderes Thema.

Aber kommen wir zur FDP, Herr Kollege Stamp. Ich möchte zu dem Thema „Wir haben 32 Stunden gearbeitet“ festhalten: Sie nicht! – Sie waren nicht die ganze Zeit im PUA anwesend.

(Dr. Joachim Stamp [FDP]: Unverschämtheit!)

– Ja. Ich belege Ihnen gerne, in welcher Sitzung Sie früher gegangen sind und der Kollege Wedel alleine

da war. Das können wir gerne klären, wenn Sie das möchten. Das machen wir gerne.

(Zurufe – Unruhe)

Sie waren nicht immer da! – Und dann beziehen Sie sich auf Presseverlautbarungen, die Sie selbst produziert haben. Dazu möchte ich nichts sagen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Aber zwei Punkte, Herr Kollege Stamp, lassen wir Ihnen nicht durchgehen. Mit „wir“ meine ich die Mitglieder des Untersuchungsausschusses der SPD-Landtagsfraktion. Sie haben sich gerade erdreistet, uns die Fähigkeit abzusprechen, im PUA zu arbeiten, weil wir dem nächsten Parlament nicht mehr angehören werden. Jetzt möchte ich deutlich formulieren, was ich – aus ganz unterschiedlichen Gründen – davon halte:

Erstens meinen Sie den Kollegen Gatter mit langjähriger Erfahrung in Untersuchungsausschüssen, der in mehreren Legislaturperioden dafür gesorgt hat, dass dieses Parlament ordnungsgemäß aufgeklärt hat.

Zweitens meinen Sie den Kollegen von Grünberg, der im PUA NSU sitzt und als stellvertretender Vorsitzender der UNO-Flüchtlingshilfe Fachmann für Asylpolitik ist.

Drittens meinen Sie den Kollegen Hilser, der diesem Parlament seit 17 Jahren angehört, ausgewiesener Kommunalpolitiker ist und beurteilen kann, wie Kommunen, Land und Bund bei der Flüchtlingspolitik reagieren.

Viertens meinen Sie die Kollegin Koschorrek, die im Kommunalausschuss sitzt, im PUA BLB Mitglied gewesen ist und als Rechtsanwaltsfachangestellte auch einen Überblick über die Frage hat, wie rechtliche Angelegenheiten geklärt werden.

Ich nehme mich jetzt gar nicht in diese Liste hinein.

Und dann meinen Sie den Kollegen Wolf. Ich finde, das ist die größte Frechheit von Ihnen. Er arbeitet jetzt in seinem dritten PUA. Das ist sein zweiter PUA als Vorsitzender. Gleichzeitig steckt er in seinem Wahlkreis im Wahlkampf. Sie wissen, dass ihn derzeit auch noch andere Dinge belasten.

Uns allen sprechen Sie ab, ordentliche Arbeit im PUA zu machen. Ich finde, das ist eine Unverschämtheit.

(Anhaltender lebhafter Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wie kommen Sie als Parlamentarier und als derjenige, der Herrn Lindner gerne in der nächsten Legislaturperiode folgen möchte, darauf, Abgeordnete erster und zweiter Klasse für dieses Parlament zu definieren? Das lasse ich mir nicht gefallen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Die Tatsache, dass es Abgeordnete gibt, die dem nächsten Parlament nicht angehören, weil sie nicht mehr kandidieren, kann doch nicht dazu führen, dass sich diese am Untersuchungsausschuss nicht beteiligen können. Wo sind wir denn hier in diesem Parlament? Das ist unglaublich, das sage ich Ihnen. Das wird Ihnen auch als Fraktionsvorsitzender lange nachhängen, wenn Sie es überhaupt werden, um das ganz deutlich zu formulieren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Als Parlamentarier, als Demokrat und als Innenpolitiker habe ich geglaubt, schlimmer könne es nicht kommen. Aber jetzt haben Sie Glück gehabt. Dann kam Kollegin Brand ans Redepult. Ich möchte Ihnen eines sagen, Frau Kollegin Brand. Das ist gar nicht mehr lustig. Die Präsidentin hat das schon formuliert. Ich sage Ihnen das noch einmal deutlich und klar. Ihre Kammingeschichte war noch ein bisschen diffus. Da habe ich gedacht: Na ja, sie steht vielleicht ein bisschen neben sich.

Aber Sie haben gerade mit Ihrer Geschichte um den Problembären – damit das hier klar ist – dazu aufgefordert, den Innenminister wie einen Problembären abzuschießen mit einer Waffe. Das ist Ihre Formulierung gewesen:

(Dr. Joachim Paul [PIRATEN]: Das ist schon spannend, was Sie für Assoziationen haben, meine Güte!)

Ihnen passiert das so wie in Bayern. Wir werden das im Protokoll nachlesen können. Aber dass Sie in einer Zeit intensiver innenpolitischer Debatten über innere Sicherheit dazu auffordern, einen Innenminister abzuschießen, das hat noch mehr Konsequenzen. Das ist nicht nur antidemokratisches Verhalten – das geht so gar nicht!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Jochen Ott [SPD]: So ist das!)

Jetzt zu Ihrem fröhlichen Ruf: „Kommen Sie mal zur Sache!“ – Sie haben das alles produziert; darauf muss man ja eingehen –:

(Dr. Joachim Stamp [FDP]: Herr Römer hat das gemacht!)

Bei Ihrer Beantragung der Aktuellen Stunde, Herr Kollege Laschet, haben Sie bereits in der Beantragung gegen unser Untersuchungsausschussgesetz verstoßen, indem Sie aus vertraulichen Dokumenten zitiert haben. Sie haben dagegen verstoßen, indem Sie bewertet haben.

(Zuruf von der SPD: Kein Anstand, keine Moral!)

Auch in Ihren Redebeiträgen haben Sie übrigens viel mehr noch – mit Herrn Stamp und mit Frau Brand – nicht nur gegen die von uns gegebenen Grundsätze

der PUA-Arbeit, sondern gegen das Gesetz verstoßen mit Ihren Bewertungen, die Sie hier vorgenommen haben!

(Zuruf von der CDU: Damit kennen Sie sich ja genau aus!)

Ich will Ihnen das gerne belegen.

Erstens. Herr Kollege Laschet, Sie sind ja nicht im PUA. Sie haben zwar behauptet, Sie seien Chefaufklärer, aber ich habe Sie da noch nicht einmal gesehen. Nicht einmal sind Sie gekommen. Deshalb wissen Sie auch nicht allzu viel über das LKA-Papier. Aber in dem LKA-Papier steht, dass es eine Tischvorlage ist. Hätten Sie gewusst, worum es geht, wüssten Sie, der Begriff „Tischvorlage“ war gar nicht das Problem. Aber jemand, der sich nicht auskennt, sollte hier auch nicht reden. Da wäre der Kollege Sieveke ein bisschen besser angesehen gewesen in der Frage. Es bleibt eine Tischvorlage.

(Armin Laschet [CDU]: Es ist doch egal, was es ist!)

Das hat sich nicht geändert. Sie wollten im Gegensatz zum Kollegen Stamp – jetzt kriegen Sie mal ausnahmsweise wieder ein Lob – ja nicht im PUA mitarbeiten. Der hat sich wenigstens da hingesetzt, fast die gesamte Zeit, aber Sie eben nicht.

(Heiterkeit)

Jetzt will ich Ihnen mal klarmachen, worum es mir geht.

(Zuruf: Sie müssen sich mal langsam entscheiden!)

Herr Kollege Laschet, mit Hochschulen kennen Sie sich ja aus als Klausurkorrektor,

(Heiterkeit und Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

sicherlich auch mit Hochschulautonomie. Jetzt will ich Ihnen mal eines sagen, weil Sie ja den PUA nicht als Chefaufklärer verfolgen:

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Unglaublich!)

Der Sachverständige, an dem Sie hier herumäkeln, hat seinen Vertrag unterzeichnet am 3. bzw. am 12. Februar. Alle Vertragskennzeichnungen fallen in den Untersuchungszeitraum des Untersuchungsausschusses. Der Sachverständige war letzten Freitag im Untersuchungsausschuss. Wenn Ihnen das alles so wichtig gewesen ist, verstehe ich gar nicht, warum Sie dann sagen: „Frau Kraft soll mir was beantworten, Frau Kraft soll mir was sagen“. Sie hatten mit Ihrer Truppe die Gelegenheit, am Freitag den Sachverständigen nach der Anbahnung, nach dem Vertrag, nach seinem Verhältnis zu den Unis zu fragen. Der Kollege Sieveke hat in der gesamten Befragung eine Frage gestellt, genau eine. Er hat nur gefragt: Wer hat Sie

denn angesprochen, dass Sie Sachverständiger werden könnten? – Das Justizministerium. Keine Frage dazu, wie war ...

(Daniel Sieveke [CDU]: Das stimmt überhaupt nicht!)

– Natürlich stimmt das. Gucken Sie ins Protokoll, gucken Sie nach! Eine Frage zu dem Vertragsverhältnis hat der Kollege Sieveke gestellt. So wichtig scheint Ihnen das ja nach meiner Einschätzung nicht gewesen zu sein.

(Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege, ...

Thomas Stotko (SPD): Etwas sachlicher, als ich es jetzt tun würde, hat Herr Lersch-Mense Ihnen schon die Frage dieser Mail beantwortet und die Frage zu den Moscheen. Zu der Frage nach den Moscheen, Herr Kollege Laschet: Im Innenausschuss hat bereits am 5. Januar Herr Freier dargestellt – ich zitiere gerne aus dem Protokoll –: Von zwölf Moscheen gibt es nur eine, die uns bekannt ist in dem Zusammenhang. – Es heißt:

„Ich würde gerne auf die Frage von Herrn Abgeordneten Hegemann nach den Moscheen eingehen. – Es sind keine Netzwerke, sondern von diesen zwölf Moscheen ist es eine Moschee, die wir als Verfassungsschutz als salafistisch beeinflusst sehen. Die anderen ... sind türkisch, albanisch, bengalisch.“

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist deutlich überschritten.

Thomas Stotko (SPD): Wenn dann die Staatskanzlei sagt, dass das bisher in der Chronologie nicht vorkommt, finde ich das nicht verwerflich. Ich will Ihnen das abschließend sagen. Deshalb waren die Zwischenrufe hier am Ende auch richtig, Herr Kollege Laschet. Mit Ihren letzten Sätzen in Ihrer Rede haben Sie klargemacht: Es geht Ihnen nur um eines: um Wahlkampf und um nackte Angst.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Sie werden im Wahlkampf erleben, dass die Bürgerinnen und Bürger das merken.

(Lang anhaltender Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Für die FDP-Fraktion hat der Kollege Stamp das Wort.

Dr. Joachim Stamp (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich wäre ja geneigt zu sagen:

„Was kratzt es die Eiche, wenn sich der Stotko an ihr reibt“, aber ich weiß nicht, ob es parlamentarisch ist.

(Zurufe von der SPD: Oh! – Zuruf von Thomas Stotko [SPD])

Deswegen lassen wir es beiseite.

Herr Kollege Stotko, ich bin nicht bereit, die Unwahrheiten, die Sie hier verkündet haben, im Raum stehen zu lassen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ich habe in der vergangenen Woche an allen Sitzungen vollständig teilgenommen. Und wenn ich mich in einer Sitzung am Montag, als wir in nichtöffentlicher Sitzung über den Bericht gesprochen haben, von meinem hochgeschätzten Kollegen Wedel vertreten lasse, dann ist das wohl ein ganz normales parlamentarisches Verfahren.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zurufe von der SPD)

Zum Zweiten haben Sie hier behauptet, ich hätte die Qualität oder die Redlichkeit Ihrer Parlamentarier in Abrede gestellt.

(Thomas Stotko [SPD]: Ja! – Jochen Ott [SPD]: So war das! – Christof Rasche [FDP]: Herr Römer!)

Das habe ich nicht getan, sondern ich habe ausdrücklich, nachdem Herr Römer behauptet hat, wir würden im Untersuchungsausschuss nicht anständig mitwirken, darauf hingewiesen, dass wir trotz hoher Wahlkampfbelastung sicherstellen, dass wir dort entsprechend mitarbeiten.

(Zurufe von der SPD)

– Da können Sie hier dazwischenrufen, wie Sie wollen. Herr Römer hat behauptet, wir würden nicht anständig arbeiten, und das war schäbig.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Dann habe ich darauf hingewiesen, dass hier alle Fraktionen erklärt haben, dass es eine Kontinuität in der nächsten Legislaturperiode geben soll, und dass das Zeichen, fünf ausscheidende Parlamentarier in den jetzigen Untersuchungsausschuss zu senden, nicht unbedingt ein Zeichen für eine entsprechende Kontinuität ist. Nicht mehr habe ich dazu gesagt.

(Beifall von der FDP und Peter Biesenbach [CDU])

Von daher ist das eine absolute Unterstellung.

Was ich auch nicht hinzunehmen bereit bin, ist, wenn gesagt wird, wir wollten hier nur Wahlkampf machen und uns ginge es nicht um Aufklärung.

(Guido van den Berg [SPD]: Um was denn sonst?)

Meine Damen und Herren! Die Freien Demokraten sind es gewesen, die die ganze Zeit gesagt haben: Wir wollen nicht nur Prominente laden, wir wollen die Arbeitsebene hören. Kollegin Brand hat das übrigens auch gesagt:

(Zuruf von Hans-Willi Körfges [SPD])

Wir wollen die Arbeitsebene hören. – Dass der Abteilungsleiter Schnieder überhaupt in der letzten Woche noch dazu geladen wurde, das war allein meine Initiative.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Und vieles, was wir in diesen Tagen diskutieren, wäre überhaupt nicht passiert, wenn ich beim Vorsitzenden nicht darauf gedrungen hätte, dass die Arbeitsebene und damit Herr Schnieder auch entsprechend eingeladen wird.

(Beifall von der FDP)

Frau Ministerpräsidentin, ich lasse mir auch nicht in der Öffentlichkeit von Ihnen vorwerfen, wir hätten behauptet, Sie wollten vor der Landtagswahl nicht aussagen. Das haben wir überhaupt nicht behauptet. Im Gegenteil: Wir haben sogar, nachdem einvernehmlich dieser Termin verschoben worden ist,

(Andreas Bialas [SPD]: Aha!)

bevor uns die Berichte von den Mails aus der Staatskanzlei und die Ausführungen des Generalbundesanwalts bekannt geworden sind, gesagt: Wir können Frau Kraft auch gern nach der Wahl hören, damit es eben kein Wahlkampftermin wird.

(Armin Laschet [CDU]: Sie haben das gesagt!)

– Ja, Herr Laschet, ich spreche für die Freien Demokraten. Uns geht es nämlich tatsächlich um die Aufklärung.

(Vereinzelt Beifall von der FDP – Lachen von der SPD)

Ja, meine Damen und Herren, wenn Sie sorgsam lesen, was die politischen Beobachter dieses Untersuchungsausschusses berichten, dann werden Sie sehen, dass unsere Arbeit dort auch die entsprechende Anerkennung findet, weil wir nämlich daran interessiert sind zu hören: Was ist mit den Mitarbeitern aus Kleve? Was ist noch zu hören von denjenigen, die in dieser „SiKo“ gesessen haben, die uns hier immer als große Sicherheitskonferenz vorgegaukelt worden ist? Was ist mit den Mitarbeitern gewesen, die in der GTAZ gewesen sind? Das ist nämlich entscheidend, weil wir noch herausfinden müssen, wie denn der tatsächliche Informationsfluss gewesen ist. Wir haben gesagt, wir wollen erst die Aufklärungsarbeit machen, und dann wollen wir am Ende die politische Verantwortung klären.

Ich sage Ihnen auch:

(Zuruf von Dietmar Bell [SPD])

Was den Bericht angeht – meine Redezeit ist abgelaufen, aber da der Kollege Stotko überzogen hat, darf ich wohl auch noch ein paar Sätze sagen –, geht es nicht darum, wie von Ihnen unterstellt, dass wir der Öffentlichkeit etwas vorenthalten wollen. Ganz im Gegenteil: Wir wollen, wenn es autorisiert ist, die kompletten Protokolle des Ausschusses der Öffentlichkeit zur Verfügung stellen.

Ich sage Ihnen, für mich ist es nicht ausgemachte Sache, dass das hier das letzte Plenum in dieser Legislaturperiode ist. Ich bin der Meinung, der Parlamentarische Untersuchungsausschuss muss jetzt in Ruhe weiterarbeiten, und wir sollten zu einem Sonderplenum im Mai hier noch einmal zusammenkommen. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP und Peter Biesenbach [CDU])

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Dr. Stamp. – Für die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen spricht Frau Kollegin Düker.

(Zuruf von Dietmar Bell [SPD])

Monika Düker (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Versuchen wir es doch einmal, Herr Laschet, mit einem Faktencheck – vielleicht hilft das in dieser aufgeheizten Debatte weiter – und hinterfragen wir einmal Ihre skizzierte Rolle des Chefaufklärers.

Ich zitiere ausnahmsweise aus einem öffentlichen und nicht aus einem geheimen Dokument, und zwar aus dem Mitgliederblättchen der CDU NRW, Ausgabe 1/2017.

(Dirk Schatz [PIRATEN]: Hochglanz! – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Was du alles liest!)

Das war, wie gesagt, Anfang des Jahres. Ich nehme an, das erscheint auch sehr früh im Jahr. Im Übrigen ist es überschrieben mit „Im Visier“. Unter „Im Visier“ erscheinen Ralf Jäger und Hannelore Kraft. Diese Wahlkampfphorik kann man auch hinterfragen. Das tue ich an dieser Stelle nicht.

Was machen Sie dort? Sie machen einen Faktencheck.

Fakt 1: Armin Laschet stellt im Januar fest: Zuständigkeiten im Fall Amri nur in NRW. – Falsch! Die Zuständigkeiten lagen auch im Land Berlin. Denn seit dem 18. August hat sich Amri in Berlin aufgehalten. Zwar war die Ausländerbehörde zuständig, aber klar war, die Sicherheitsbehörden wären in Berlin zuständig gewesen. Und wir haben auch noch Baden-Württemberg in der Kategorie Zuständigkeiten. Also, Fakt 1: falsch.

Fakt 2: Armin Laschet trifft im Fall Amri gegenüber seinen Mitgliedern die Feststellung, dass für Gefährder eine Abschiebungsanordnung erlassen werden kann. Punkt. – Nein, kann es nicht. Wir haben 226 Gefährder in NRW. Nein, es kann nicht für jeden Gefährder eine Abschiebungsanordnung erlassen werden. – Dann bringt er noch ein paar rechtliche Zusammenhänge durcheinander. Das will ich hier nicht tun. Ich heiÙe nicht Herr Wedel. Nein, diese Feststellung war zu diesem Zeitpunkt nicht zu treffen.

Fakt 3 laut Armin Laschet: Abschiebehaft hätte beantragt werden können, weil die tunesischen Behörden die Identität Amris bestätigt hätten.

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

Ja, Herr Laschet, wenn das so gewesen wäre, hätte das tatsächlich beantragt werden können. Es stimmt aber schlicht nicht, dass die tunesischen Behörden die Identität bestätigt haben; die haben sie erst nach dem Anschlag bestätigt. Es war INTERPOL, es waren nicht die tunesischen Behörden. Fakt 3: auch falsch.

Fakt 4: Sozialbetrug. Jetzt wird es ganz abenteuerlich. Armin Laschet schreibt seinen Mitgliedern: Der vom LKA beantragte Haftbefehl bei der Staatsanwaltschaft Duisburg wird abgelehnt. – Es ging ja um 160 €. Duisburg sagt: Nein, keine U-Haft möglich. – Jetzt sagt er, die weisungsgebundene Staatsanwaltschaft hätte über Jäger und dann über den Justizminister angewiesen werden können, hier U-Haft anzuordnen.

(Nadja Lüders [SPD]: Super!)

Herr Laschet, in welchem Rechtsstaat, frage ich Sie, möchten Sie leben? Dass aus dem Justizministerium direkt die Staatsanwaltschaften angewiesen werden, die U-Haft anzuordnen,

(Zuruf von Michael Hübner [SPD])

das kann doch wohl nicht Ihr Ernst sein.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Fakt ist für Sie zusammenfassend: Amri hätte festgesetzt werden können. – Nein, Herr Laschet, das sind keine Fragen, die Sie hier als Chefaufklärer stellen, das sind Vorfestlegungen. Und der Linie folgend war dann auch der Einsetzungsantrag einseitig auf NRW ausgerichtet.

Und es geht weiter: permanente Pressebegleitung der Ausschussarbeit, die nicht Fragen und Widersprüche – die es ja tatsächlich gibt – darstellt, sondern Vorfestlegungen trifft. So trifft Daniel Sieveke, Ihr Obmann im Ausschuss, nach der Vernehmung des Generalbundesanwalts und – jetzt wichtig! – vor der Vernehmung des Gutachters Kretschmer die Aussage, dass nach den Erkenntnissen, die er aus der Befragung des Generalbundesanwalts gewonnen habe, das Gutachten von Professor Kretschmer völlig diskreditiert ist.

Und es geht noch weiter: Als wir dann in der Befragung des Gutachters sind, stellt Herr Sieveke nicht etwa eine Frage, um diesen Widerspruch aufzudecken – nein, er hält sich zurück und gibt stattdessen während der Befragung diese Presseerklärung heraus.

Herr Laschet, ich vermag das nicht mit Ihrem Anspruch übereinzubringen, hier eine unabhängige, objektive Aufklärungsarbeit leisten zu wollen.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen)

Und, Herr Stamp, Sie waren in der Sitzung tatsächlich nicht da, wo wir vier Stunden über diesen Zwischenbericht gesprochen haben, aber eine inhaltliche Zusammenfassung der bisherigen Arbeit des PUA, die gesetzlich auch vorgesehen ist – als Zwischenstand, wohlgemerkt, und noch mit der Feststellung, dass dies nicht das Ende ist; wir können und wir sollten auch einen weiteren Zwischenbericht machen –, hier einfach als – wie sagen Sie? – „rot-grüne Trickserei und Täuschung“ zu bezeichnen, ohne einen konkreten Antrag zu stellen, um

(Dr. Joachim Stamp [FDP]: Doch!)

diesen Zwischenbericht zu ergänzen, stattdessen hier mit juristischen Spitzfindigkeiten zu taktieren – mit Verlaub, Herr Laschet, Herr Stamp, das ist nicht nur scheinheilig, das ist Heuchelei in Reinkultur. Wir hatten Sie ja aufgefordert und gefragt: Wo fehlt Ihnen denn etwas? – Wenn Sie etwas vorgelegt hätten, hätten wir das auch angenommen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Was ich jenseits dieses Krawalls, der Nebelkerzen und dieser Obstruktion, die Sie hier betreiben, am allerschlimmsten finde, ist, dass es tatsächlich – ich bin Obfrau für die Grünen in diesem Ausschuss, und ich kann Ihnen sagen, es gibt sie tatsächlich – eine ernsthafte Aufklärungsarbeit in diesem Ausschuss gibt, an der wir uns alle beteiligen – alle.

Widersprüche gibt es, ja, zum Thema „§ 58a Aufenthaltsgesetz“, zum Thema „Abschiebehaft/U-Haft“; die sind doch alle in dem Zwischenbericht dokumentiert, und die müssen auch weiterbearbeitet werden. Es entwickeln sich sogar schon Ansätze nach vorne. Auch das hat die Untersuchungsausschussarbeit schon gebracht, dass darüber nachgedacht wird: Wie kann man denn diese Sammelverfahren zukünftig besser organisieren? Was ist mit Schwerpunktstaatsanwaltschaften? Wie findet eine neue Kategorisierung und Priorisierung für Gefährder statt?

All das findet ja statt! Und das regt mich am meisten auf, dass Sie diese Arbeit diskreditieren durch Ihren Krawall und Ihre parteitaktischen Manöver, die Sie hier betreiben!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Die Hoffnung stirbt zuletzt.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist längst um.

Monika Düker (GRÜNE): Ich kann sagen: Wir werden uns weiter an der Sachaufklärung beteiligen, jenseits Ihrer Taktiererei. Dabei bleiben wir. – Danke schön.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Für die Fraktion der Piraten hat sich noch einmal Frau Kollegin Brand gemeldet.

Simone Brand (PIRATEN): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Zuschauer! Das kann ich jetzt so nicht stehenlassen. Als ich vom Redepult zurückgegangen bin, hat Herr Jäger mich nach meiner letzten Bemerkung angelächelt. Ich glaube, er hat mich verstanden, wie ich das gemeint habe, weil er mich vielleicht ein bisschen besser kennt.

(Minister Ralf Jäger: Nee, nee! – Zurufe)

Aber ich kann dazu auch noch etwas sagen. Herr Stotko, Sie haben mir praktisch einen Mordaufruf vorgeworfen. Wenn man sich ein bisschen kundig macht, dann weiß man: Ein „Problembär“ ist nach der Definition jemand, der problematische Verhaltensweisen zeigt.

(Zuruf von Thomas Stotko [SPD])

Das Konzept „Problembär“ sieht vor, dass Problembären eingefangen, mit einem Sender versehen und vergrämt werden. Und wenn das mehrmals nicht funktioniert,

(Zuruf von Dr. Gerd Hachen [CDU])

dann wird aus dem „Problembär“ ein „Risikobär“. Und dann reden wir über solche Sachen, die Sie mir vorgeworfen haben, die ich aber mitnichten gemeint habe. In Nordamerika ist der „problem bear“ ein lästiger Bär, ein Störbär. Dementsprechend möchte ich ausdrücklich betonen, dass ich niemals zu irgendeinem Akt gegen Herrn Jäger, in der Form, wie es mir vorgeworfen wurde, aufgerufen habe. Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN – Zuruf von Thomas Stotko [SPD])

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Brand.

(Zurufe von Thomas Stotko [SPD] – Unruhe)

– Verehrte Kolleginnen und Kollegen, Herr Kollege Stotko, ich bitte Sie, sich etwas zu mäßigen.

Für die Landesregierung spricht Herr Minister Lersch-Mense.

Franz-Josef Lersch-Mense, Minister für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien: Herr Präsident, meine sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Herr Laschet, es tut mir leid, aber ich muss an einem Punkt, der zentral war in Ihrer Argumentation, doch etwas richtigstellen.

Sie haben gesagt, der Untersuchungsausschuss sei auch deshalb notwendig gewesen, weil er Zugang zu Unterlagen habe, die auf der anderen Seite dem Gutachter nicht zugänglich ...

(Zuruf von der CDU)

– Nein, das habe ich nicht gesagt, deshalb will ich es noch einmal bezogen auf die Unterlagen, auf die Sie Bezug genommen haben, erläutern.

Die so genannte Tischvorlage des LKA, in der das LKA anregt, auf der Basis von § 58a Aufenthaltsgesetz auszuweisen, lag selbstverständlich auch dem Gutachter vor. Er hat sie auch in sein Gutachten einbezogen, und er hat in seiner Präsentation des Gutachtens auch ausdrücklich geschildert, wie es zu dieser Tischvorlage gekommen ist und wie er diese Tischvorlage bewertet.

Er bewertet sie anders, als Sie sie bewertet haben, nämlich dass sie im Ergebnis nicht ausreichend für eine Anwendung von § 58a gewesen wäre. Ich weise nochmals darauf hin: Auch der Bundesinnenminister hat an anderer Stelle erklärt, dass er eine Rechtsgrundlage gezogen hätte, aber bei § 58a hat auch er gesagt, das wäre aus seiner Sicht nicht möglich gewesen.

(Zuruf von Christian Möbius [CDU])

Auf der anderen Seite haben Sie gesagt, der PUA habe Zugang zu den Unterlagen und Akten des Generalbundesanwaltes. Das ist auch nicht der Fall. Diese Akten liegen auch dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss nicht vor. Also, Ihre gesamte Argumentation bricht leider an dieser Stelle in sich zusammen,

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

weil beide Annahmen, die Sie gemacht haben, nicht zutreffend sind.

Ich will noch einmal auf unser Angebot eingehen, eine gemeinsame Begutachtung vorzunehmen. Unser Angebot war ja nicht, gemeinsam Herrn Professor Kretschmer zu beauftragen, sondern unser Angebot, das ich auch mündlich übermittelt habe, lautete, dass wir uns mit den Fraktionen des Landtages auf einen oder gegebenenfalls auch mehrere gemeinsame Gutachter verständigen.

Warum haben wir diesen Vorschlag gemacht? – Wir haben diesen Vorschlag gemacht, weil wir Zweifel hatten, ob es einem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss in der Kürze der noch zur Verfügung stehenden Zeit gelingen kann, zu belastbaren

Ergebnissen und zu einer Aufklärung der Vorgänge beizutragen.

Diese Zweifel sind im Nachhinein allein dadurch als berechtigt zu erkennen, dass Sie heute vorschlagen, einen Zwischenbericht vorzulegen, der ausschließlich eine Auflistung von Daten und Zeugenvernehmungen enthalten soll, aber keine inhaltliche Aussage. Das ist doch nachträglich die Bestätigung dafür, dass die Zeit offenbar zu knapp war,

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

oder Sie zumindest nicht bereit sind, das, was inhaltlich jetzt schon festgestellt werden kann oder zumindest als Fragestellung formuliert werden kann, auch zu beschreiben.

(Armin Laschet [CDU]: Es ging doch um Beweissicherung! Das wissen Sie!)

Ich komme zur Frage, warum wir den Ruf von Prof. Kretschmer nach Bielefeld nicht öffentlich gemacht hätten. Herr Kretschmer führt ja noch Bleibeverhandlungen mit der Universität Gießen, an der er derzeit einen Lehrstuhl innehat. Sie wissen doch auch, Herr Laschet, dass diesbezüglich sehr sensible Verhandlungen geführt werden und dass man solche Berufungsverhandlungen und erst recht Bleibeverhandlungen und Personalentscheidungen nicht öffentlich macht, solange die Entscheidungen noch nicht abschließend getroffen sind.

(Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

Deshalb haben wir uns in dieser Frage zurückgehalten, haben aber auch kein Geheimnis aus dieser Tatsache gemacht. Die Uni Bielefeld hat ja dazu einiges erklärt.

Lassen Sie mich abschließend noch eines zur Gesamtwertung sagen. Herr Prof. Kretschmer hat meiner Meinung nach sehr überzeugend dargelegt, dass wir uns hüten müssen, mit dem Wissen, das wir heute haben, die Entscheidungen und die Vorgänge zu beurteilen, die in den Behörden ohne dieses Wissen getroffen worden sind.

(Armin Laschet [CDU]: Das Wissen war da!)

– Das Wissen, das da war, war ein anderes. Ex-ante- und Ex-post-Betrachtungen sind immer strikt zu trennen, das wissen Sie. Die Möglichkeit, aus der Sicht von heute zu beurteilen, was gewesen ist, steht weder uns und unseren Behörden zu, noch sollten wir anderen unterstellen, dass sie anders hätten handeln müssen, hätten sie das gewusst, was wir heute wissen. Wir müssen immer versuchen, uns in die Situation hineinzuversetzen, die seinerzeit bestanden hat. Nur so kann man zu einer fairen Beurteilung von Versäumnissen – hier wie in anderen Bundesländern oder beim Generalbundesanwalt – kommen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Sieveke.

Daniel Sieveke (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dann wollen wir es mal mit den Fakten halten, Frau Düker. Sie haben gerade den Fraktionsvorsitzenden der CDU mehrmals mit Fakten konfrontiert und dazu einen Artikel präsentiert. Aber Sie bringen die ganze Zeit Falschmeldungen.

(Bernhard von Grünberg [SPD]: Das sagt der Richtige!)

Nicht dass die Fakten, die Sie genannt haben, falsch sind, allerdings ist der Autor dieses Artikels nicht der Fraktionsvorsitzende Armin Laschet, sondern es handelt sich um eine Autorin.

(Zuruf von Hans-Willi Körfges [SPD])

Wenn Sie das hier schon vortragen und über Fakten sprechen, dann erwähnen Sie es auch richtig.

(Ministerin Barbara Steffens: Hat der sich auch noch mit einer falschen Autorin geschmückt! – Weitere Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Ein Weiteres: Herr Lersch-Mense, Sie sind gerade auf den Gutachter eingegangen und haben das Weglassen einer Information ...

(Unruhe)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, der Redner hat Probleme ...

Daniel Sieveke (CDU): Die Zeit.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Ja, die Zeit wird berücksichtigt. – Der Redner hat Probleme, gegen diese Lautstärke anzukommen. Ich bitte Sie, darauf ein bisschen Rücksicht zu nehmen. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Daniel Sieveke (CDU): Ich habe kein Problem damit, gegen die Lautstärke anzukommen, aber das Thema ist einfach zu ernst, um hier rumzubölen.

(Beifall von der CDU – Dietmar Bell [SPD]: Fragen Sie doch mal Herrn Schemmer!)

Herr Lersch-Mense, Sie haben gerade gesagt, das Weglassen der Informationen über das Berufungsverfahren sei so sensibel gewesen, weil man sich in Verhandlungen befunden hätte.

(Michael Hübner [SPD]: Der war nicht in Verhandlungen! – Nadja Lüders [SPD]: Hochschulautonomie!)

Ich glaube, dass die Aufarbeitung dieses Falls, in dem es um Opfer, um Todesopfer ging, dem sehr wohl gegenübersteht. Sie haben eine unabhängige und lückenlose Aufklärung zugesagt, und diese Information hätte dazu gehört. Man hätte sich dieses Verfahren sparen können.

Frau Kraft, Sie hätten sich heute hierzu eigentlich äußern müssen. Die Arroganz, die Sie in den letzten Tagen zu diesem Thema gezeigt haben, ist kaum zu überbieten. Sie sagen:

(Eva Voigt-Küppers [SPD]: Also ehrlich! – Zuruf von der SPD: Frechheit! – Weitere Zurufe)

Dann sollen sich die Herrschaften der CDU und FDP am Freitagabend mal Zeit nehmen! – Bitte akzeptieren Sie, dass bei den Ausschussmitgliedern der CDU auch eine Frau dabei ist.

(Lachen von der SPD)

Und wenn Sie die Gleichberechtigung von Mann und Frau vertreten, sollten Sie zumindest den richtigen Text wählen. Und weil Sie hier eben permanent in die Diskussion reinrufen, sage ich Ihnen: Ihr Platz, um reinzurufen, ist der Platz als Parlamentarierin, und nicht von der Regierungsbank aus. Auch das steht Ihnen mal zu!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Herrn Römer, Ihre Arroganz – anders kann ich es nicht bezeichnen –, mit der Sie die Arbeitsintensität, die die Mitglieder der CDU und FDP in den letzten Tagen und Wochen gezeigt haben, herabsetzen, steht Ihnen einfach nicht zu. Während Ihre Abgeordneten schon die Taschen gepackt haben und gehen wollten, haben wir noch weiter Fragen gestellt. Das ist Fakt.

Und Herr Stotko, zu behaupten, ich hätte nur eine Frage an den Gutachter gestellt ...

(Zurufe von der SPD)

Sie haben hier eben behauptet, ich hätte nur eine Frage gestellt. Lesen Sie bitte das Protokoll nach: Es waren viele, viele mehr.

Interessant ist auch, dass Sie, Herr Römer, sagen: Man einigt sich im Ausschuss, und zwei Stunden später ist die Einigung nichts wert. – Aber lesen können Sie, auch wenn es durch eine rote Brille ist. Sie sollten dadurch lesen können:

„Nach dem Verlauf der weiteren Beweisaufnahme behält sich der Ausschuss vor, Ministerpräsidentin Kraft noch vor Ende der Wahlperiode zu hören.“

Was ist da anders als das, was wir am Montag beantragt haben?

(Zurufe von der SPD)

Nichts ist anders! Wir haben am Montag beantragt, sie zu hören. Das haben wir am Montag im Ausschuss beantragt. Das ist Fakt, oder bestreiten Sie das?

(Zuruf von den GRÜNEN)

– Wenn Sie andere Informationen haben, scheint der Draht nicht richtig zu funktionieren. Wir haben das am Montag beantragt, und das ist auch richtig.

(Zuruf von Michael Hübner [SPD])

– Bitte sehr? – Das ist eine Veröffentlichung des Ausschussvorsitzenden an die Öffentlichkeit in öffentlicher Sitzung. Dass wir uns daran halten, habe ich gerade vorgetragen.

(Zuruf von der SPD: Da haben wir keine Drähte!)

Also scheint der Draht nicht zu funktionieren, diese Information richtig weiterzugeben.

Enttarnend war vorhin der entscheidende Satz von Ihnen, und deswegen bin ich überhaupt noch in diese Runde reingegangen:

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Sie wollten den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss nicht. Sie wollten ihn nicht, und Sie wollen ihn immer noch nicht, und die Fakten, die in den letzten Tagen und Wochen aufgeklärt wurden, wollten Sie schon gar nicht gegen sich gelten lassen. Deswegen der Regierungsgutachter, der aufgrund der Informationen, die ihm vorlagen, ein Gutachten vorgelegt

(Zurufe von der SPD – Zuruf von der SPD: Meine Güte!)

und letztendlich Bewertungen vorgenommen hat, die er nicht treffen konnte, weil ihm die Informationen gar nicht vorlagen. Wenn Sie sich darauf beziehen, dass er einige Unterlagen gar nicht hatte, hat er aber Schlussfolgerungen gezogen, die ihm dann auch nicht zustehen.

(Zuruf von der SPD)

Denn ich sage Ihnen auch: Wenn ich keinen Bauantrag stelle, kann ich auch keine Ablehnung erhalten. Und wenn ich den Generalbundesanwalt gar nicht bitte, Informationen vom Ministerium zu erhalten, kann ich auch keine ablehnende Antwort erhalten.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Das ergibt sich!)

Aber dann zu sagen: „Ich finde keine Antwort“, und das heißt: „Ich habe den Finger drauf“, das ist einfach nur billig

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

und der Sache ...

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege.

Daniel Sieveke (CDU): ... letztendlich nicht würdig. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Sieveke. – Herr Kollege Stotko hat sich noch einmal gemeldet.

Thomas Stotko (SPD): Besten Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich nur noch einmal gemeldet: Frau Kollegin Brand, ich bin aus Ihrer Fraktion darauf hingewiesen worden, ich solle in dieser Frage mal in Wikipedia nachschauen. Ich habe prompt gegoogelt und „gewikipedia“. Und was steht bei Wikipedia? Dort ist zu lesen:

„JJ1, bekannt geworden als ‚Bruno‘, [...] von der Bayerischen Staatsregierung als ‚Problembär‘ eingestuft,

(Zurufe von der CDU)

der eine Bedrohung für den Menschen darstellte, und wurde [...] zum Abschuss freigegeben.

(Unruhe und Zurufe von der CDU – Zuruf von der CDU: Peinlich!)

Am 26. Juni 2006 wurde er [...] erlegt. [...] Vonseiten des Bayerischen Umweltministeriums hieß es, der Abschuss sei [...] ‚von jagdkundigen Personen‘ vorgenommen worden.“

(Zurufe von der FDP)

Genau das haben Sie hier gesagt. Sie haben von dem bayerischen Problembären gesprochen, von nichts anderem. Ich gebe Ihnen noch mal die Gelegenheit, sich hier für den Aufruf, einen Innenminister abzuschießen, zu entschuldigen.

(Weitere Zurufe von CDU und FDP)

Tun Sie es, oder tun Sie es nicht?

Und Herr Kollege Sieveke Sie müssen sich gerade aufregen. Ihre Schamgrenze ist doch jetzt ins Unterirdische gefallen – das will ich Ihnen mal ganz deutlich sagen –, aber wirklich unterirdisch!

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Da machen Sie hier Semantik zum Mitgliederbrief Ihres Landesvorsitzenden. Der schreibt seine Mitglieder an und erklärt denen Unsinn, das hat Kollegin Düker sehr gut erklärt. Und Sie versuchen, das irgendwie noch zu rechtfertigen. Das können Sie nicht! Die Banane ist geschält! Er hat es so geschrieben, es bleibt so falsch.

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

Und dann werfen Sie gegenüber Herrn Lersch-Mense die Abwägung zu der Frage „Geben wir Details zu einem Berufungsverfahren in die Öffentlichkeit, das sozusagen noch in den Verhandlungen steckt?“ zu der Abwägung „Todesopfer“ in eine Waagschale. – Das ist schäbig; das sage ich Ihnen ganz ehrlich. Das eine hat mit dem anderen überhaupt nichts zu tun.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Es hat, wie Sie wissen, nichts miteinander zu tun.

Die Ministerpräsidentin kann sich selber wehren, da bin ich mir ziemlich sicher. Aber – das will ich noch mal aufgreifen – ihr in der Frage der Terminierung Arroganz zu unterstellen und zu behaupten, Sie hätten beantragt, die Ministerpräsidentin zu hören, das ist ja wieder mal falsch. Den Beweisantrag, die Ministerpräsidentin im Untersuchungsausschuss zu hören, haben nur – nur – SPD und Grüne gestellt. Weder Piraten noch CDU noch FDP wollten sie überhaupt hören; das ist doch die Wahrheit! Sie wollten die gar nicht haben!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Als es um den letzten Freitag ging, haben Sie doch groß gesagt: Ich habe kein Interesse, keinen Bedarf an der Vernehmung von Frau Ministerpräsidentin Kraft an dem Freitagabend.

(Daniel Sieveke [CDU]: Das stimmt doch überhaupt nicht, und das wissen Sie auch!)

Herr Dr. Stamp hat zu Recht gesagt und auch hier im Plenum bestätigt, an ihm läge es nicht, auch nach der Wahl sei ausreichend. Genauso war die Formulierung.

Jetzt machen Sie einen Bohei daraus, dass sie sich jetzt die Zeit nimmt, am Freitag für uns zur Verfügung zu stehen – sehr kurzfristig –, und leiten daraus ab, jetzt müssten Sie alle Ihre Termine verschieben. Genauso ist es doch. Sie beschwerten sich darüber, dass die Ministerpräsidentin am Freitagabend kommt, wo sie letzten Freitag auch am Abend gekommen wäre. Wo ist denn da der Unterschied? Was versuchen Sie der Öffentlichkeit zu vermitteln?

Die Ministerpräsidentin kommt. Wir werden sie befragen – von mir aus bis morgens um fünf, wie Herr Dr. Stamp das angekündigt hat. Das können wir gerne machen. „Bis in die Nacht hinein“, war Ihre Formulierung in Ihrem Pressestatement. Wir bringen die Zeit mit, und im Übrigen nicht nur, weil wir nicht der neuen Landtagsperiode angehören, sondern weil wir es ebenso für wichtig halten, das zu tun.

Als Letztes, Herr Kollege Sieveke, noch mal zur Bestätigung: Ich habe gesagt, Sie haben nur eine Frage an den Sachverständigen zu seinem Vertragsverhältnis gestellt. Genauso habe ich es gesagt. Schauen Sie ins Protokoll!

(Widerspruch von der FDP – Zurufe von der CDU)

All die Fragen, die Herr Laschet heute hier gestellt hat, haben Sie nicht gestellt, weil Sie die Antworten gar nicht interessieren. Ihnen geht es nur um Wahlkampf und Bohei, und das lassen wir Ihnen nicht durchgehen!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Wir sind damit am Schluss der Aktuellen Stunde.

Ich rufe auf:

2 60 Jahre Römische Verträge – Nordrhein-Westfalen würdigt und feiert die Grundsteinlegung für die Europäische Union

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/14652

In Verbindung mit:

Die europäische Wertegemeinschaft erhalten, um sie zu verbessern!

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/14663

Entschließungsantrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/14758

Entschließungsantrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/14762

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die CDU-Fraktion Ilka Freifrau von Boeselager das Wort.

Ilka von Boeselager (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hoffe, dass wir jetzt zu einer etwas ruhigeren Debatte finden. Das, was die Bürgerinnen und Bürger in der Aktuellen Stunde gerade eben hörten, ist eigentlich etwas, was sie nämlich nicht wollen. Sie wollen Aufklärung, aber nicht diese Schlachten!

(Beifall von der CDU)

Innerhalb des Wahlkampfes ist das aber natürlich sehr en vogue.

Zum Thema: Zwölf Jahre nach Kriegsende hat mit Konrad Adenauer ein Nordrhein-Westfale auf dem

Kapitol in Rom für die Bundesrepublik die Römischen Verträge gezeichnet. Sie sind die Geburtsurkunde unserer Gemeinschaft auf dem Fundament von Frieden, Vielfalt und Marktwirtschaft. Sie setzen die Grundsteine für die Freizügigkeit der Arbeitnehmer, die Reise- und Niederlassungsfreiheit, die Freiheit des Dienstleistungsverkehrs und die Freiheit des Kapitalverkehrs.

Uns in der CDU ist es ausgesprochen wichtig, hier noch einmal unsere Position in Nordrhein-Westfalen deutlich zu artikulieren. Am 25. März 1957 schafften die Römischen Verträge für den noch jungen Frieden der Nachkriegsjahre eine dauerhafte Grundlage. Dieser Friede hält nun über 70 Jahre. In der heutigen Zeit, in der wir leben, sehen wir, wie Ordnungen weltweit zerbrechen und wie um uns herum immer mehr Konflikte entstehen, die jedes Jahr weit über 170.000 Menschen das Leben kosten.

Vor diesem Hintergrund haben die Worte Konrad Adenauers kein Jota an Aktualität verloren. Ich zitiere:

„Die Einheit Europas war ein Traum von wenigen. Sie wurde eine Hoffnung für viele. Sie ist heute eine Notwendigkeit für uns alle.“

(Beifall von der CDU)

Welchen Platz hat Nordrhein-Westfalen in der europäischen Familie? Mit den Römischen Verträgen waren neben Italien unsere direkten Nachbarn Belgien und die Niederlande sowie in unserer unmittelbaren Nähe Frankreich und Luxemburg die ersten Partner der Bundesrepublik. Diese Länder waren im Zweiten Weltkrieg von Deutschland besetzt.

Nach den beiden Kriegen, nach Rheinlandbesetzung und Ruhrfrage, war der Gründungsakt von Rom für Nordrhein-Westfalen vor allem Aussöhnung und Nachbarschaftsprojekt. Von daher hat sich die europäische Idee für den Alltag in Nordrhein-Westfalen besonders konkretisiert – als großes Glück bis heute mit 100.000 Grenzpendlern, die jeden Tag bei uns arbeiten, 1,6 Billionen € Bruttoinlandsprodukt mit dem Beneluxraum, 20 % des Außenhandels allein mit den Nachbarn sowie vertiefter Partnerschaft in unseren vier Euregios.

In seiner Amtszeit als Bundespräsident hat Joachim Gauck daran erinnert, dass wir Europäer für unsere Gemeinschaft und ihre Identität keinen Gründungsmythos haben, keine Entscheidungsschlacht, keine gemeinsame Revolution. Die Würdigung der Römischen Verträge macht uns aber bewusst, dass es auch ohne einen solchen Mythos in der Kriegsfolge kaum ein Gründungsdokument geben dürfte, das mehr Errungenschaften mit sich brachte.

Nach 1954 hat das französische Parlament die Europäische Verteidigungsgemeinschaft abgelehnt. Die Verhandlungen auf der Grundlage des Spaak-Berichtes waren hochkompliziert. Es gab den Argwohn,

Daran hat sich jetzt die Entwicklung angeschlossen, dass die Bundesregierung eine Brennelementelieferung mit 68 Brennelementen von Niedersachsen aus nach Belgien erlaubt hat. Hierzu habe ich eine entsprechende Anfrage an die Bundesregierung gerichtet, wie die Rahmenbedingungen einer solchen Genehmigung aussehen. Insbesondere habe ich das natürlich deshalb getan, weil sich in Nordrhein-Westfalen Unverständnis über diese Lieferung entwickelt hat und von den Bürgerinnen und Bürgern zum Ausdruck gebracht worden ist, das ich auch teile. Zunächst einmal müssen die Fragen beantwortet werden: Wie sieht die Rechtslage aus? Wieso kommt die Bundesregierung zu dem Verfahrensvorschlag, solche Brennelemente zu liefern?

Mir ist folgende Antwort übermittelt worden, die ich hier kurz nachzeichnen möchte. Es wurde mitgeteilt, dass die Bundesregierung eben an Recht und Gesetz gebunden sei, auch wenn dies politisch unangenehm sei.

Das hieße in dem konkreten Fall, dass es sich bei der Exportgenehmigung für Brennelemente nach Belgien um gebundene Genehmigungen handele, die nach deutschem Atomgesetz nicht versagt werden könnten. Wenn der Antragsteller die gesetzlichen Voraussetzungen erfülle – das gelte insbesondere im Hinblick auf den Schutz vor missbräuchlicher Verwendung von Kernbrennstoffen –, dann sei die Voraussetzung gegeben, dass solche Genehmigungen erteilt werden müssten.

Dieser Tatbestand sei bei Ausfuhrgenehmigungen losgelöst von Fragen der Sicherheit des Betriebs eines ausländischen Atomkraftwerkes zu sehen. Bei Ausfuhrgenehmigungen gemäß dem Atomgesetz gebe es daher keine rechtlich belastbare Grundlage, die Erteilung der Genehmigung für die Lieferung an einen genehmigten Betrieb von Atomkraftwerken in einem Nachbarstaat von Sicherheitsfragen abhängig zu machen, für welche die Behörden des Nachbarstaates verantwortlich seien.

Für die Sicherheit der AKWs in Belgien trage eben die belgische Aufsichts- und Genehmigungsbehörde allein die Verantwortung, somit der belgische Staat. Dies sei auch nach internationalem Recht so gegeben. Nach geltender Rechtslage dürfe eine Ausfuhr also nur dann untersagt werden, wenn sie gegen unsere internationalen Verpflichtungen verstieße sowie die innere und äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gefährdet sei.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, hier ist aus meiner Sicht der Ansatzpunkt, an dem man arbeiten muss. Das kann entweder durch die Erweiterung einer Gesetzesnovelle zum Atomgesetz geschehen, aber auch schon im Vorfeld einer gesetzlichen Änderung. Womöglich kann das aber auch im Rahmen eines Rechtsstreits gesche-

hen, um eine belastbare Rechtsgrundlage zu erarbeiten. Denn aus unserer Sicht ist hier in der Tat die Gesundheit der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland bzw. in Nordrhein-Westfalen gefährdet. Das müsste auch ein Gegenstand sein, mit dem durchgesetzt werden kann, dass keine Brennelemente geliefert werden.

Gerade auch wegen der Vorgeschichte ist das so. Wenn Sie sich erinnern: Bundesministerin Hendricks hat die belgische Regierung mehrfach gebeten, die befundbehafteten Anlagen Doel III und Tihange II zumindest so lange abzuschalten, bis die offenen Sicherheitsfragen geklärt sind. Das ist bisher nicht geschehen. Insofern hätte sie und hat sie auch alle Argumente in ihrer Hand, hier durchzusetzen, dass es keine weitere Lieferung von Brennelementen nach Belgien mehr gibt.

Die Landesregierung hat sich im Übrigen der zweiten Klage der Städteregion Aachen gegen eine Verlängerung der Betriebsgenehmigung von Tihange angeschlossen. Deshalb fordert der Landtag und fordern wir die Landesregierung nochmals auf, mit allem Nachdruck und unter Ausschöpfung aller rechtlichen Möglichkeiten die Lieferung von Brennelementen nach Belgien zukünftig zu verhindern und sich weiterhin bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass vorrangig der Atomreaktor Tihange nicht nur vorübergehend, sondern endgültig abgeschaltet wird. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Schultheis.

Bevor ich Herrn Kollegen Markert das Wort gebe, würde ich gerne noch einmal auf den Tagesordnungspunkt 1 unseres heutigen Plenartages zurückkommen. Die Prüfung ist abgeschlossen.

Im Nachgang zu Tagesordnungspunkt 1 der heutigen Sitzung möchte ich einen **Ordnungsruf** aussprechen. Er betrifft Frau Abgeordnete **Simone Brand** von der Fraktion der Piraten. Frau Brand hat sich bei ihrer Rede zum Tagesordnungspunkt 1, der Aktuellen Stunde zum Thema Amri unparlamentarisch verhalten. Sie hat mit ihren Äußerungen zum Umgang mit Problembären in Bayern Anspielungen gemacht, die als unparlamentarisch anzusehen und nicht akzeptabel sind. Ich werde daher auch diese Äußerung jetzt nicht wiederholen.

Diese Äußerungen können auch durch ihre spätere Erklärung am Ende des Tagesordnungspunktes nicht rückgängig gemacht werden. Frau Kollegin Brand rufe ich daher – unbeschadet der Tatsache, dass sie jetzt nicht im Raum ist – gemäß § 36 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Landtags Nordrhein-

